Einzelnummer 30 Pfg.

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle. Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 57573

Nr. 241 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.50 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.— Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 15.—; monatlich 5.— Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Mittwoch, den 13. Oktober 1920 | Anzeigenpreis: Im achtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespalt. Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigenannahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang.

Diskussion! — Der dritte Tag in Kassel.

Kontinentalpolitik — Duell Cohen-Heilmann — Bericht der Reichstagsfraktion — Für die Einheitsrepublik — 378 Delegierte.

Diskussion über den Vorstandsbericht.

Kassel, 11. Oktober.

(Zweiter Tag.)

Die Nachmittagssitzung wurde vom Vorsitzenden Scheidemann eröffnet.

In der Diskussion erhält zuerst das Wort Nimmerfall-München: In Bayern haben wir seit der Revolution in den Gemeinden das Einkammersystem. Unser Mißerfolg bei den Gemeindewahlen wird verständlich dadurch, daß die Wahlen kurze Zeit nach dem Zusammenbruch der Räteherrschaft stattfanden. Ich bitte, den schweren Kampf nicht zu übersehen, den wir in Südbayern haben, wo wir bloß zwei Blätter gegenüber einer Unzahl bürgerlicher Blätter haben. Ein Mindestbeitrag von 30 bis 40 Pfg. ist nicht einmal genug zur Ausgleichung der Entwertung des Geldes.

Proswitz-Frankfurt a. Main: Die Hauptaufgabe für die nächste Zeit muß sein, die nach der Revolution zu uns gekommenen Massen im Geist des Sozialismus zu erziehen. Nur die Partei wird siegreich sein, die über die klarsten Köpfe und die tiefste Erkenntnis verfügt.

Schnabrich-Zerzfeld: Der Bericht des Parteivorstandes hat mich nicht befriedigt. Ein derartig philantropischer Bericht trägt nicht zur Festigung der Partei bei. Der Parteivorstand muß sich nach einzelnen Ressorts gliedern. Die Partei darf nicht eine Partei der großen Redner, sondern sie muß eine Partei der großen Taten sein. Von großen Taten aber wird in dem Bericht des Parteivorstandes nicht viel erwähnt. Hätte nur ein Zehntel unserer Leute soviel Energie besessen wie Noske, so wären wir heute weiter.

Cohen-Berlin: Unsere äußere Politik geht auf dem falschen Wege der englischen Einstellung. Unsere Hoffnungen auf England bezüglich der Milderung des Friedensvertrages mußten trügen. Wir mußten dahin streben, unsere Lebensnotwendigkeit zu sichern. Fälschlicherweise aber richtete sich unser ganzes Streben gegen Frankreich. (Zuruf: Besetztes Gebiet.) 1870 haben sich die deutschen Truppen in den besetzten Gebieten nicht besser benommen. Wenn etwa das Rheinland verwüstet worden wäre, so würde jeder deutsche Arbeiter für die Wiedergutmachung eintreten. In der Frage der Kriegsgefangenen, die angeblich von Frankreich noch nach der Ratifikation des Friedensvertrages zurückgehalten werden sollten, und in der Frage der Sühneforderungen für die Versenkungen in Scapa-Flow ist die Atmosphäre gegen Frankreich systematisch vergiftet worden. Man hat auch übersehen, daß gerade Marschall Foch für die Einführung der Miliz in Deutschland eintrat und daß wir das Söldnerheer englischen Einflüssen verdanken. Natürlich nehmen wir in unserer bedrängten Lage Vorteile von England an, aber wir dürfen sie niemals auf Kosten Frankreichs annehmen. Kommen wir zu keiner rechten Verständigung mit Frankreich, dann werden wir nie aufhören, in Europa Krieg zu haben.

Eduard Bernstein: Ich bin mit dem Genossen Cohen vollständig darüber einig, daß ein gutes Verhältnis mit Frankreich hergestellt werden muß. Die Verständigung mit Frankreich ist ein Lebenserfordernis Deutschlands, aber wir dürfen uns die Schwierigkeiten dabei nicht verhehlen. Der französische Militarismus ist heute viel stärker als der deutsche. Auf ihn geht das Bestreben zurück, die Dieselmotoren zu zerstören. Die französischen Sozialisten würden größeren Einfluß auf die äußere Politik haben, wenn sie eine klügere innere Politik machten und nicht den Weg nach Moskau einschlügen. Die deutschen Unabhängigen haben sich Moskau längst soweit unterworfen, daß sie jetzt die paar Bedingungen auch noch hätten annehmen können. (Sehr richtig.) Auf dem Betriebsrätekongreß in Berlin hat der Kommunist Brandler gestanden, daß der Sieg des Kommunismus in Deutschland das Elend in Deutschland zunächst vergrößern wird. Als verantwortungsvolle Politiker wollen wir dieses Elend von unserem Volke fernhalten und lehnen alle bolschewistischen Ideen ab.

Frau Bohm-Schuch: Die wirtschaftlichen Fragen stehen jetzt im Vordergrund. Die Frauen und die Jugend sind Lebensnotwendigkeiten für jede Partei. Wir bedauern, daß die „Gleichheit" so wenig gelesen wird. Bedauerlich ist auch, daß das passive Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten noch nicht durchgesetzt ist. Solche Rechtlosigkeiten treiben viele Frauen ins radikale Fahrwasser.

Fellisch-Chemnitz: Hinter unserer Kritik des Parteivorstandes stehen die Genossen des ganzen Verbreitungsgebietes der „Chemnitzer Volksstimme". Die jetzige Regierung hat monatelang ungestört arbeiten können, und hat die Hoffnung des Proletariats aufs schwerste getäuscht. Jetzt dürfen wir sie nicht ungestört weiterwirtschaften lassen. Wir müssen zu Neuwahlen kommen, wobei wir hoffen dürfen, daß das Volk aus den Enttäuschungen der letzten Monate gelernt hat. Wir haben uns nicht widersprochen, sondern nur gesagt: Raus aus der Regierung! und jetzt Weg mit der Regierung! Der Parteivorstand hat versagt, bei dem unerhörten Freispruch der Mörder von Thale, in der Frage des Steuerabzuges, bei der Schlichtungsordnung und in der Frage der Kartoffelpreise.

Heilmann-Charlottenburg: In der „Chemnitzer Volksstimme" schreibt man von einer „Richtung Fellisch". Wenn wir erst wieder anfangen, Richtungen zu züchten, sind wir von der Spaltung nicht mehr allzuweit entfernt. Gerade weil die Interessen des arbeitenden Volkes unter der gegenwärtigen Regierung schwer leiden, sollte man sich in Zukunft davor hüten, allzu leicht das „Raus aus der Regierung" zu rufen. Gewiß muß die gegenwärtige Regierung weggefegt werden, aber erst, wenn wir sicher sind, nach den Wahlen sofort eine Regierung bilden zu können. Es ist erfreulich, daß Fellisch als Chemnitzer mit seiner Kritik an den Versäumnissen des Parteivorstandes und der Frage der Einwohnerwehr eine Ehrenrettung Noskes vorgenommen hat. Redner polemisiert gegen die Ausführungen Cohens, der sich selbst einst für den verschärften Unterseebootskrieg einsetzen wollte. Wer hat denn unsere Gefangenen am längsten zurückgehalten, Cohen hat vom besetzten Gebiet gesprochen und behauptet, die deutsche Okkupation in Frankreich wäre auch nicht besser gewesen. Ich glaube nicht, daß der pommersche Landsturmmann mit der schwarzen Schmach auf einer Stufe steht. (Sehr gut!) Wir haben die deutsche Okkupation als eine Methode des alten militaristischen Systems bekämpft. Sie hat das französische Volk empört, und uns empört heute die französische Besatzung. Es ist einmal Tatsache, daß aus dem von den Franzosen besetzten Gebiete viel schlimmere Klagen zu uns kommen als aus dem Gebiete, wo Engländer und Amerikaner stehen. Aber Frankreich zerreißt den Kontinent, Frankreich reißt das Saargebiet auch wirtschaftlich von Deutschland los. Frankreich verursacht den Aufstand in Oberschlesien, Frankreich stützt die Abfallbewegung in Bayern. Als Sozialist muß man unterscheiden, zwischen französischem Militarismus und Kapitalismus und französischem Proletariat, zwischen englischem Imperialismus und englischer Arbeiterpartei. Die französische Sozialdemokratie ist zu schwach, eine Revision des Friedensvertrages können wir nur von den englischen Arbeitern erwarten.

Adolf Braun: Cohen hat keine Fühlung mit der Wirklichkeit, sondern redet Zeitungsartikel von Georg Bernhard und von Dorten. Wäre Cohen einmal im besetzten Gebiet gewesen, er hätte nicht so sprechen können. (Lebhafte Zustimmung.) Die französische Besatzung kostet in einem Jahre eine so große Summe, wie die ganze französische Kriegsentschädigung von 1870 ausgemacht hat. Cohen spricht zu uns, wie man vor Deutschen überhaupt nicht sprechen sollte. (Stürmische Zustimmung.) Ich würde vorschlagen, daß man Cohen ein Reisestipendium gibt, für Reisen durchs besetzte Gebiet, damit er nicht noch einmal eine solche Rede vor uns vorzutragen kann. (Stürmischer Beifall.)

Eisenberg-Hamburg: Daß wir nach dem Kapp-Putsch die Maßregelung verfassungstreuer Beamten, Soldaten und Lehrer nicht verhindern konnten, hat uns ungeheuer geschadet. Wir müssen jetzt unseren ganzen Einfluß aufbieten, um diejenigen Sozialdemokraten zu schützen, die noch in Verwaltungsämtern sitzen. Vor allem aber müssen wir energischen Protest gegen den Versailler Frieden erheben. Wir dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß wir uns niemals mit demselben abfinden werden.

Frau Juchacz: Der Rückgang der Zahl der weiblichen Parteimitglieder erklärt sich aus den seelischen und körperlichen Leiden der Frauen in der gegenwärtigen Zeit.

Dr. Süßheim-Würzburg: Die Reaktion wächst am stärksten in Bayern. Ludendorff hat nicht ohne Grund seinen Wohnsitz dorthin verlegt. Das Ministerium Kahr ist nur Kulisse für die heimischen Separationsbestrebungen. Gegen die Kommunisten wird mit rücksichtsloser Schärfe, sogar unter Bruch der Immunität der Abgeordneten vorgegangen. Auf der anderen Seite können sich hochverräterische Bestrebungen ungestört entfalten. In Bayern sind die reaktionären Kräfte zu einer starken Militärorganisation gesammelt. Das hat das Landesfestschießen vor einigen Tagen bewiesen. Und das geschieht unter den Augen des französischen Gesandten. Die demokratische Presse ist von der Reaktion restlos aufgesaugt. Die bayerische Reaktion ist jetzt zu einer deutschen Frage geworden. Fordert doch die Bayerische Volkspartei in ihrem Programm das Recht der Wiederherstellung der Monarchie in Bayern. Die Rückkehr der Wittelsbacher bedeutet das Ausscheiden Bayerns aus dem Reiche, mit dem wir doch auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Wir bayerischen Sozialdemokraten werden den Ablösungsbestrebungen stärksten Widerstand entgegensetzen. Wir kennen nur die einige Gesamtpartei, nur eine Gesetzverfassung, die Republik und nur eine Politik, Demokratie und Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

Vorsitzender Scheidemann: Die Delegierten aus den besetzten Gebieten haben den Wunsch ausgedrückt, auf die Ausführungen des Genossen Cohen nochmals zu antworten. Die Genossen sind dazu selber nicht in der Lage, weil sie damit Opfer heraufbeschwören, die nicht nötig sind. Aber die Genossen können beruhigt sein: was gegen die Ausführungen des Genossen Cohen gesagt werden mußte, ist gesagt worden und braucht nicht wiederholt zu werden. Einen zweiten Cohen wird es hoffentlich in der Partei und im Reiche nicht geben.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 285 Delegierte anwesend, 8 Mitglieder der Kontrollkommission, 40 Mitglieder des Parteiausschusses, 16 Mitglieder des Parteivorstandes, 17 Vertreter der Reichstagsfraktion, 4 Referenten und 8 Vertreter der Parteiinstitute. Alle Mandate werden debattelos für gültig erklärt.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Für die Einheitsrepublik!

Kassel, 12. Oktober.

(3. Sitzungstag.)

Auf dem Parteitag eingegangen ist weiter folgende

Resolution über die Einheitsrepublik.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands und die Neuordnung des durch die Kriegsfolgen aufs schwerste erschütterten Reichshaushalts sind nur unter Mitwirkung aller Volkskräfte in einem auf demokratischer Grundlage ruhenden, einheitlich geleiteten Staatswesen durchzuführen.

Der Parteitag bekennt sich daher zur Forderung der einen und unteilbaren Deutschen Republik.

Den nach dem Willen ihrer Bevölkerung in der Deutschen Republik auf Grund von Stammeseinheit oder wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit zusammengeschlossenen Ländern ist zur Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten im Rahmen der Reichsverfassung volle Selbstverwaltung zu gewähren.

Die auswärtige Politik ist ausschließlich Sache des Reiches.

Der Parteitag verurteilt alle separatistischen Bestrebungen auf das schärfste und erwartet, daß die Arbeiterklasse in allen Teilen Deutschlands auch fürderhin tereit sein wird, die Einheit der Republik gegen jeden Absplitterungsversuch mit allen Mitteln zu verteidigen.

Vorsitzender Hermann Müller eröffnet die Sitzung.

Die Aussprache über den Vorstandsbericht, über innere und äußere Politik und über die zahlreichen dazu vorliegenden Anträge wird fortgesetzt.

Buchwitz-Görlitz führt Klage über Versäumnisse des Parteivorstandes bei der Vergebung von Agitationsmaterial und fordert baldige Wiedereröffnung der Parteischule.

Eggerstedt-Kiel: Seit heute werden wir etwas im Schatten stehen, denn Halle wird die größere Aufmerksamkeit auf sich lenken. Gönnen wir den Radikalen diesen Ruhm, wir sind froh, daß für uns die Zeit der

Kriegsirrungen und Revolutionswirrungen

überwunden ist. Wir waren seltener einheitlicher und geschlossener als jetzt. Noch vor den Wahlen hat wohl mancher von uns die Unabhängigen wegen ihrer günstigen Stellung beneidet, heute würde mancher von Halle gern nach Kassel kommen. (Heitere Zustimmung.) Alle, die von Halle kommen, heißen wir herzlich willkommen, aber wir wollen ihnen keine guten Worte geben. **In Kiel sind in der letzten Zeit täglich etwa 20 Unabhängige zu uns übergetreten.** (Bravo!) Vor allem sind es die älteren Genossen, die zurückkommen. Ihnen wollen wir keine Schwierigkeiten in den Weg legen, aber die unabhängigen Führer können wir noch eine ganze Zeit entbehren. (Zustimmung.) Wenn die Massen zu uns kommen, dann werden die Führer den Weg ganz allein finden. Die alte Monopolstellung in der Arbeiterbewegung, die wir nun wieder haben, legt eine schwere Verantwortung auf unsere Schultern. Wir müssen alle Machtpositionen ausnutzen, auch in der Regierung. Jetzt sehen die Genossen, was unsere Minister alles verhütet haben. Je mehr wir die Abstinenzpolitik der Unabhängigen bekämpfen, desto mehr aktive Teilnahme fordern die Genossen von uns. Aber natürlich können wir nicht zusammen mit den Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei eine Regierung bilden. Unsere Mitglieder dürfen niemals die Fühlung mit den Massen verlieren, dann würden auch Bücher, wie das „Von Kiel bis Kapp", ungeschrieben bleiben. Ein solches Buch ist nur zu verstehen aus einem Gefühl der Verärgerung heraus. (Widerspruch Noskes.)

Franz-Waldenburg: Wir haben Bedenken gegen eine Beitragserhöhung. Es ist ja erstaunlich, daß wir eine Viertelmillion dem Vermögen zuführen können, aber das darf nicht geschehen auf Kosten der Bildungsarbeit.

Leber-Jena: Wenn wir vom Parteivorstand immer neue Ausgaben verlangen, müssen wir auch die Beiträge entsprechend erhöhen. In Thüringen ist gewiß nicht alles so, wie wir es wünschen. Aber wir müssen doch bedenken, daß ganze Wahlkreise geschlossen zu den Unabhängigen übergetreten sind. Die Scharte der Reichstagswahl haben wir bei der Landtagswahl wieder ausgewetzt. Die Unabhängigen verloren 43 000 Stimmen. Wäre das nicht geschehen, so hätten wir auch im neuen Groß-Thüringen eine sozialistische Mehrheit.

Schönfelder-Hamburg: Die Kampfgemeinschaft während der Kapp-Tage eröffnete neue Aussichten, und um so größer war die Enttäuschung, als diese gemeinsame Kampffront bald wieder zerfiel. Wir glauben, daß die gegenwärtige Regierung

kein allzulanges Lebensalter

mehr hat, aber wir müssen die Gesetze des Handelns bestimmen. Dem Treiben für die Diktatur des Proletariats setzen wir das Bekenntnis zur Demokratie entgegen.

Heinrich Schulz: In der Partei bestehen keine Meinungsverschiedenheiten über unsere kulturellen Verpflichtungen. Die Pflege von Bildung und Wissen, Hebung und Bereicherung des proletarischen Lebens gelten uns immer als selbstverständliche Aufgaben. Im Weltkrieg mußte unsere Bildungsarbeit leider völlig eingestellt werden, aber wir haben sie jetzt mit neuem Mut und neuen Möglichkeiten wieder aufgenommen. In der Volkshochschulbewegung können wir mit Organisationen anderer Weltanschauung zusammenarbeiten, soweit nicht unser Höchstes, die

Erziehung zum Sozialismus,

in Betracht kommt. Ein großer Fortschritt wären Volkshochschulen, die im enggeschlossenen Kreise auf die Weltanschauung eingestellt sind.

In der Jugendbewegung zeigt sich gleichfalls neuer Geist und neues Leben. Auch die Jungsozialisten von 18 bis 25 Jahren erfüllt neue Sehnsucht und neuer Wille. Sie haben den Kulturzusammenbruch des Weltkrieges mitgemacht. Geben wir ihnen den Glauben, daß sie im Rahmen unserer Partei eine neue Welt aufbauen können. Die deutsche Kunst und Wissenschaft stehen in ernster Gefahr der Verelendung und geistiger Auszehrung. Das wäre zugleich eine ungeheure Gefahr für die deutsche Wirtschaft. Auf den höheren Schulen wird das Schulgeld erhöht, in den Volksschulen hat sich die Klassenfrequenz gesteigert. Das sind furchtbare Zustände für eine demokratische Republik. Das durch den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201013-16/fragment/page=0001

Sozialismus geläuterte Kulturideal in der Welt voranzutragen, ist das idealste Ziel unserer Mitarbeit im neuen Deutschland. (Lebhafter Beifall.)

Bretthorst-Brieg: Wir sind heute in freudigerer Stimmung als in Weimar. Unser Kampf gegen den Unverstand der Massen ist im Grunde schon gewonnen. Der Burgfrieden in Oberschlesien wird von den bürgerlichen Parteien vielfach mißbraucht, um uns zu beschimpfen. Wir sollten auch für Oberschlesien nicht gemeinsam mit den Deutschnationalen demonstrieren.

Ein Schlußantrag, begründet von **Hug**-Bant, bekämpft von **Biester**-Hamburg, wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Wels (Schlußwort): Wenn mein Referat philanthropisch genannt worden ist, so war das nur ein Lob. Mit Cohen sich zu befassen, lohnt kaum noch. (Sehr wahr!) In der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" feiert er Millerand als einen besseren Sozialisten als viele unserer führenden Parteigenossen. (Große Heiterkeit.) Die Berliner Parteigenossen werden sich mit dieser Art ihrer Vertretung auf dem Parteitag noch beschäftigen müssen. (Lebh. Zustimmung.) Einem so geschickten Agitator wie Fellisch mußte es doch leicht sein, den Arbeitern den revolutionären Charakter gerade des Steuerabzuges klar zu machen. Wir haben gerade im letzten Jahre Aufrufe genug erlassen. — In der Frage der Regierungsbildung sind wir alle einig. Im einzelnen aber geht die Fassung der Anträge doch auseinander. Parteivorstand und Parteiausschuß haben sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt und einen Antrag vorgelegt, auf den sich der ganze Parteitag einigen kann. Die Anträge, welche die Parteigenossen bei der Aufstellung der Kandidaten binden sollen, bitte ich abzulehnen. (Beifall.)

Barthels (Schlußwort): Die Zwangslieferung der „Gleichheit" läßt sich nicht durchsetzen. Die Beitragserhöhung ist notwendig. Der Vorschlag Franz führt nicht zum Ziel. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über die vorliegnden Anträge. Dem Vorstand wird einstimmig Entlastung erteilt. Ueberwiesen werden ihm Anträge auf Ausbau des Mitteilungsblattes und der Parteikorespondenz, auf finanzielle Unterstützung der Parteipresse, auf Ueberweisung der Anwesenheitslisten der Parlamente an die Bezirksorganisationen, auf Sicherung der Errungenschaften der Revolution, auf frühzeitigere Herausgabe des agitatorischen Materials, auf Anstellung weiblicher Sekretäre, auf Herausgabe des Friedensvertrages mit Kommentaren, auf Unterstützung des Republikanischen Führerbundes, auf Förderung der Taubstummenorganisation, auf Ausbau der „Gleichheit", auf Entsendung nur republikanisch gesinnter Männer als deutsche Vertreter im Ausland. Abgelehnt werden die Anträge auf Bindung der Parteigenossen bei der Aufstellung der Kandidaten. Einstimmig angenommen wird der Protest gegen die Zerstörung der Dieselmotore. Vors. Hermann Müller hofft, daß dieser Protest ein Echo bei den Sozialisten der Ententeländer findet.

Angenommen wird die Resolution des Parteivorstandes und Parteiausschusses zur Regierungsbildung, die den Austritt der Sozialdemokratischen Partei aus der Regierung nach den Reichstagswahlen billigt. Weiter heißt es in ihr: „Ein Wiedereintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung kann nur in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats, die vor allem die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige und eine pazifistische auswärtige Politik erheischen, Berücksichtigung finden. Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform steht, kann nicht in Frage kommen."

Angenommen wird ferner ein Antrag auf Förderung des Genossenschaftswesens, abgelehnt ein Antrag, der die Einigung des Proletariats über die Köpfe der Führer hinweg fordert. Die übrigen Einigungsanträge werden dem Parteivorstand überwiesen. Die Anträge auf Demokratisierung der Verfassung und Verwaltung in Preußen werden dem Parteivorstand und der preußischen Landesversammlungsfraktion überwiesen. Angenommen wird ein Antrag von Parteivorstand und Parteiausschuß, durch den die Mindest-Mitgliederbeiträge für Männer und Frauen verdoppelt werden, wobei in rein ländlichen Bezirken der Beitrag ermäßigt werden kann. Es folgt als dritter Gegenstand der Tagesordnung

Der Bericht der Reichstagsfraktion.

Hildenbrand-Stuttgart (Referent): Unsere Hauptaufgabe war, den Krieg zu liquidieren und einer sozialistischen Gemeinwirtschaft die Wege zu ebnen. Bedeutsames konnten wir durchführen, leider aber nicht alle unsere Wünsche, denn wir haben ja im Parlament nicht die Mehrheit. Den Vertrag von Versailles wollen wir durchführen, soweit wir können. Gegen die Besetzung des Rheinlandes und der Pfalz können wir prinzipiell nichts einzuwenden, wohl aber wehren wir uns gegen die Lasten, welche die maßlosen Liebhabereien einer größenwahnsinnigen Militärkaste uns auferlegen. (Sehr wahr!) Ohne Befreiung von dieser Milliardenlast ist eine Wiedergutmachung unmöglich. Für die Opfer des Krieges haben wir das Menschenmögliche getan,

Wir haben heute die freieste Verfassung der Welt.

Das Betriebrätegesetz, bei dem die Unabhängigen vollständig versagt haben, muß von den Betriebsräten als ein Mittel der wirtschaftlichen Interessenvertretung benutzt werden. Politische Arbeiterräte lehnen wir ab. Wohl aber werden wir durch die Betriebsräte praktische Sozialisierung betreiben, die anders aussehen wird als die des Minister v. Raumer. — In der Heeresfrage sind wir leider durch das Dekret der Entente zu einem Söldnerheer gekommen, das uns viel mehr kostet als das Volksheer, wie wir es uns denken.

Es wäre besser gewesen, mit der alten Staatsverfassung auch der kapitalistischen Rechtspflege ein Ende zu bereiten.

(Lebh. Zustimmung.) Viel Richter urteilen noch nach dem Recht der Vergangenheit. Die Auslegung des Amnestiegesetzes durch das Reichsgericht ist der Gipfel von Unrecht, und die Außer-Verfolgungsetzung der Kapp-Putschisten von Rechts wegen ist einfach ein Skandal. Große Wirtschaftsprogramme aufzustellen, wäre ein Fehler gewesen, denn die Wirklichkeit hätte sie über den Haufen geworfen. Der Widerstand gegen den Steuerabzug war voreilig und unüberlegt. Eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums wird der Reichstag demnächst beschließen. Die Beseitigung der Einzelstaaten in der Verfassung von Weimar herbeizuführen, hätte die größten Schwierigkeiten geboten. Sie wird sich mit der Zeit von selbst durchsetzen. Die alte Koalition war nach dem Ausfall der Wahlen nicht mehr tragfähig. Unsere Stellung ist im neuen Reichstag viel weniger stark als in der Nationalversammlung. Sie zu stärken, muß Sache der Arbeiter sein. Für uns gab es stets nur ein Ziel, die treue und energische Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes, Förderung wahrer Demokratie und zielklare Vorbereitung der sozialistischen Wirtschaft. (Lebh. Beifall.)

Die allgemeine Debatte über den Fraktionsbericht wird auf Nachmittag vertagt. Sozialisierung, Wirtschafts- und Ernährungsfrage werden getrennt behandelt.

Vors. **Hermann Müller** teilt mit, daß der Gelehrte Dr. Magnus Hirschfeld, Mitglied der S. P. D., in München seinen Verletzungen erlegen ist. Der Parteitag erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen. Einstimmig wird folgende Resolution angenommen: „Der Parteitag brandmarkt mit großer Schärfe die Ausschreitungen deutschvölkischer Kreise, die in dem Gelehrten Dr. Magnus Hirschfeld ihr erstes Blutopfer gefordert haben; er weist die Verantwortung für die wüsten Ausschreitungen, die Deutschland in aller Welt besudeln, weit von sich. Der Parteitag fordert die Genossen auf, den deutschvölkischen Hetzern überall mit den Waffen des Geistes entgegenzutreten und die klaren Ziele des Klassenkampfes nicht durch eine öde, der Gegenrevolution dienende Rassenhetze verwischen zu lassen." (Lebh. Beifall.)

Ein Begrüßungstelegramm der deutschösterreichischen Sozialdemokratie wünscht dem Parteitag besten Erfolg. — Vors. Herm. Müller beglückwünscht den Delegierten Hackelber-Berlin, einen der Ausgewiesenen unter dem Sozialistengesetz, zu seinem Geburtstag.

Nunmehr tritt die Mittagspause ein.

Es folgt die Besprechung des Berichts der Reichstagsfraktion.

Stovig-Breslau: Die Abgeordneten müssen ihre Tätigkeit etwas ernster nehmen. Wenn man nach Berlin kommt, staunt man über die Leere der Säle im Reichstag und im Preußischen Landtag.

Grosse-Hamburg: Die Reichsversicherungsordnung muß wenigstens in den Punkten geändert werden, wo es sich um Rentenberechnung für Unfallversicherte handelt. Das Lehrlingswesen muß neu geregelt werden. Die Rechtspflege erfordert besondere Berücksichtigung.

Biester-Wolfenbüttel: Ich bedaure, daß der Parteitag es abgelehnt hat, der Fraktion für ihr Verhalten nach dem Kapp-Putsch ihre Mißbilligung auszusprechen. Die Arbeiterschaft hatte den acht Punkten vertraut, und heute ist von ihnen nicht mehr die Rede. Wenn die Dinge so weiter gehen, haben wir kein Vertrauen mehr zur Sozialdemokratischen Partei. (Heiterkeit.)

Sollmann-Köln: Ich bedauere, daß unsere Vertreter im Volkswirtschaftlichen Ausschuß sich für die Erhöhung des Braukontingents ausgesprochen haben. Genosse Biester hat vergessen, daß wir einen ungünstigen Wahlausgang hinter uns haben und damit unsere Macht geschwächt ist. Die Berichterstattung über unsere Parlamentstätigkeit ist ganz ungenügend. Wir müssen uns hüten, in der Wahlagitation Forderungen zu erheben, von denen wir wissen, daß sie bei der jetzigen Wirtschaftslage unerfüllbar sind. Die Auswahl der Kandidaten zu den Parlamenten muß viel vorsichtiger geschehen. Wir haben sehr viele Parteisekretäre in der Fraktion, aber keinen einzigen praktischen Kenner der Landwirtschaft, der Industrieorganisation oder des Handels. Wir brauchen dort Männer, die das Wirtschaftsleben kennen. Unsere Redner und Schreiber dürfen auch den Vertrauensleuten der Partei in der Regierung die Arbeit künftig nicht wieder durch wüste Angriffe so schwer machen. (Beifall.)

Schöpflin-Karlsruhe: Die Reichswehr wird immer mehr zu dem Schwerte geschmiedet, mit dem die Deutsche Republik erschlagen werden soll. (Biester ruft: Späte Erkenntnis!) Nein, nur unter dem Druck zwingender Verhältnisse haben wir der Reichswehr zugestimmt. Wenn es selbst für Unabhängige Situationen gibt, wo sie nach Reichswehrbataillonen rufen, dann ist es nicht wunderbar, daß der militärischen Reaktion der Kamm geschwollen ist. Herr v. Seeckt läßt sich von Geßler kaum noch sprechen, wenn es ihm nicht paßt. (Hört, hört!) Er imponiert eben keinem Offizier. Herr Geßler hält überall im Reiche schöne demokratische Reden. Die Katze ist fort und die Mäuse spielen in der Bendlerstraße. (Heiterkeit und Beifall.) Der Etat, den dieser demokratische Minister vorlegte, ist einfach unbegreiflich. Für das Hunderttausendmannheer werden z. B. 45 500 Pferde gefordert. Geßler ist eine Gefahr für die Republik.

Eduard Bernstein: In den anderen Reichsämtern sieht es nicht besser aus als im Reichswehrministerium. (Sehr wahr!) Die Entsendung von Republikanern ist eine Selbstverständlichkeit, aber durchsetzen werden wir dies erst in einer anders zusammengesetzten Regierung. Zweifellos ist in Berlin im Auswärtigen Amt viel gesündigt worden, aber ich weiß, daß viele Gesandte draußen die Fehler erkannt und während des Krieges über die Berliner Regierung getobt haben. Aber sie konnten die Verhältnisse nicht ändern. Soll die Republik nicht in Anarchie verfallen und zu einem Opfer der Reaktion werden, dann sind wir in Deutschland noch auf lange Zeit hinaus auf die Mitwirkung anderer Parteien angewiesen. Selbst wenn wir die absolute Mehrheit hätten, würde ich empfehlen, bürgerliche Elemente heranzuziehen, denn ihre Mitarbeit ist unentbehrlich. (Zustimmung.) Dementsprechend müssen wir auch unsere Srpache den bürgerlichen Elementen gegenüber einrichten. Die Voraussetzung für jede Mitarbeit der Sozialdemokratie in einer Regierung muß eine pazifistische Politik sein. Wie kommt das W. T. B. dazu, anläßlich der Mordtat in Weimar in der Villa des Admirals Scheer von „dem Sieger von Skagerrak" zu sprechen? Jeder weiß doch, daß diese Seeschlacht mit erheblichen deutschen Verlusten geendet hat. Auch ich will eine wirtschaftliche Annäherung an Rußland, aber wir brauchen ihm nicht nachzulaufen. Wir wollen mit allen Nationen zusammenarbeiten und Rußland nicht einseitig herausgreifen. (Beifall.)

Loeb-Frankfurt a. M.: Ueber die Steuergesetze fehlt es an Aufklärung. In Brüssel lehnten dieser Tage die internationalen Kapitalisten einmütig den Sozialismus ab. In Berlin aber erging sich der Betriebsrätekongreß in nichtswürdigen Geschäftsordnungsdebatten, und Arbeiter schlugen sich die Köpfe ein. Um den Steuerabzug haben die englischen Arbeiter lange Jahre gekämpft. Die Fraktion sollte dagegen protestieren, daß der Reichsfinanzminister die Auskunftspflicht der Banken durch eine einseitige Verordnung auf ein Mindestmaß herabgedrückt hat. Wir fordern schärfste Maßnahmen gegen alle Steuerhinterzieher.

Eckstein-Breslau: Daß auch ein Söldnerheer ein verläßliches Instrument des Proletariats sein kann, beweist das Beispiel Deutsch-Oesterreichs. Gegen Geßler müssen wir den schärfsten Kampf ansagen.

Frau **Pfülf**-München begründet den Antrag auf Weltlichkeit des Schulwesens.

Auer-München: In einer Zeit, wo alles fließt, sind allgemein bindende Richtlinien nicht aufzustellen. Wir müssen uns auf unseren gesunden Verstand verlassen. Den Arbeitslosen muß mit allen Kräften geholfen werden. Es ist übrigens richtig, daß die Entente die Vorlegung des Gesetzentwurfes über Erwerbslosenunterstützung verlangt, bevor die Vorlage dem Reichstag zugeht. Gegen solche Eingriffe in unsere ureigensten Interessen müssen wir schärfsten Widerspruch erheben. Daß die Partei alles tun wird, um Oberschlesien dem Reiche zu erhalten, ist selbstverständlich. Ueber die Verhältnisse Bayerns zum Reiche habe ich in Uebereinstimmung mit allen bayerischen Vertretern folgendes zu sagen: Gegenüber den besonders im Freistaat Bayern von reaktionären Elementen im Bunde mit französischen Chauvinisten geförderten separatistischen Bestrebungen, bekennen wir bayerischen Sozialdemokraten uns einmütig zur Deutschen Republik. Die wirtschaftliche und politische Stellung Bayerns erfordert die feste Eingliederung und Verankerung in die Deutsche Republik. Das liegt im Interesse Bayerns und des Reiches. (Beifall.) Aus voller Ueberzeugung bekämpfen wir jeden Absplitterungsversuch der Gegenrevolutionäre. Gegenüber dem Bamberger Aktionsprogramm der Bayerischen Volkspartei nehmen wir den schärfsten Kampf auf. Jeder Versuch, die Pläne dieses Programms zu verwirklichen, würde den völligen Niederbruch unserer Volkswirtschaft herbeiführen. Die Heimatkultur und Stammeseigenheiten werden von uns wie bisher verteidigt werden, sie finden in einer geschlossenen deutschen Republik volle Entfaltungsmöglichkeiten. Berechtigte Klagen über wirtschaftliche Benachteiligung Bayerns und des Südens werden aus durchsichtigen Gründen zu unrecht der republikanischen Staatsform zur Last gelegt. Diese Benachteiligungen aber sind das unselige Erbe aus der kapitalistisch-militaristischen Epoche Deutschlands. Wir verlangen und erwarten, daß die Reichstagsfraktion darauf hinwirkt, daß alle Teile Deutschlands gleichmäßig an dem Wiederaufbau mitwirken und gleichen Anteil haben können. So stehen wir im Kampf gegen jede wirtschaftliche, politische und kulturelle Rückwärtsentwicklung des Reiches fest zur alten deutschen Sozialdemokratie, deren Programm einer geschlossenen Einheit des Reiches die Voraussetzung seiner friedlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Weiterentwicklung liegt. (Lebh. wiederholter Beifall.)

Butu Simba's Mission in Europa.

Eine Negergeschichte von H. Thurow.

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Es war ein schöner Abend. Einem entfalteten Fächer gleich, durch den der Mond sein Licht siebte, hing ein Wolkenstreif über dem Ozean. Den Berber belebte die Hoffnung auf baldige Rückkehr zur heimatlichen Scholle, und seine gute Stimmung gab sich in übermütig scherzhaften Reden kund. Er hatte Butu noch nicht erzählt, wie es ihm bei der Flucht ins französische Lager ergangen war, und holte das Versäumte jetzt nach. Die Geschichte war jedoch so phantastisch, daß Butu ihm mit ungläubiger Miene lauschte. Er verstand so viel, daß der Gefährte bei seiner Flucht in einen Granattümpel gefallen sein wollte, in dem ihn das alsbald von beiden Seiten eröffnete Feuer festgehalten habe. Nun seien die Kugeln so dicht über ihn hinweggegangen, daß er bei ihrem einförmigen Gesang eingeschlafen sei. Gegen Morgen aber hätte ihn ein gewaltiges Granatstück der Deutschen bis an die Linie der Franzosen geschleudert, die ihn mit einem Freudengeschrei empfangen hätten. Bei dem unerhörten Luftsprung sei ihm aber eine herumirrende Kugel in die Lunge geraten und dort stecken geblieben, und daraufhin sei ihm ein Urlaub bewilligt worden.

Butu sagte zu diesem Bericht nicht viel. Aber nach einer Weile fragte er den Kameraden, ob er nach dem Urlaub wieder in den Krieg zurückkehren werde.

Darauf vergewisserte sich der Berber durch einen Blick in die Runde, daß kein Vorgesetzter in der Nähe weilte, und dann sagte er, sich mit einem Finger über die Gurgel fahrend: „Eher sollen sie mir den Kopf abschneiden, als daß ich noch einmal in dieses verfluchte Europa zurückkehre."

In diesem Augenblick wurde das Schiff von einem dumpfen Stoß erschüttert, der ganz aus der Tiefe zu kommen schien und sich in einer heftigen Vibration des Geländers, an dem die beiden Krieger standen, fortsetzte.

Die Gefährten sahen sich betroffen an. Eine Gruppe von Negern, die in einiger Entfernung dem Gesang eines der Ihren lauschte, geriet in Bewegung. Rufe wurden laut. Gestalten eilten durcheinander.

Noch wußte niemand, was sich ereignet hatte. Da stürzten Leute die Treppe hinauf. Sie gestikulierten und schrien. Das Schiff habe ein Loch — das Meer ströme in die Bresche!

Immer mehr Leute drängten herauf. Aber an ihnen vorbei zwängte sich Butu Simba. Er mußte noch etwas holen — etwas, das ihm sehr am Herzen lag — die Puppe, die noch immer in seinem Besitz war, und einige andere Habseligkeiten.

Da erfolgte ein neuer Stoß. Diesmal bäumte sich der ganze Hinterteil des Schiffes auf.

Sekundenlang stand alles wie erstarrt. Die Macht der Katastrophe raubte der Menge den Atem.

Im Moment darauf setzte die Panik ein, der der Kapitän und die Offiziere vergebens zu steuern suchten. Der hereinbrechenden Katastrophe gegenüber blieb das Gebot der Disziplin, das diese Schwarzen jahrelang in Schach gehalten hatte, machtlos.

Die Matrosen bemühten sich indessen, die Boote hinunterzulassen. Schwarze Hände griffen mit zu — aber es war eine schwierige Arbeit, und ein Teil der Fahrzeuge befand sich in übler Verfassung.

Ein Boot fiel ins Wasser und trieb vom Schiffsrumpf ab. Eine Anzahl Neger sprang ihm nach und suchte es schwimmend zu erreichen. Unter ihnen war auch der Berber.

Dann füllten sich andere Rettungsboote mit Leuten. Eines davon nahm eine gemischte Gesellschaft von Kolonialbeamten, Köchen und Stewards auf. Auch der Pater befand sich bei dieser Gruppe. In der Ueberstürzung hatte er seine Perücke verloren und sein kahler Schädel ergläntzte wie eine weißliche Kugel über der blaugrünen Wasserfläche.

Der Kapitän und die Offiziere vermeinten, die letzten zu sein, als sie ihrerseits in einer kleinen Barkasse vom Dampfer abstießen. Dieser war stark im Sinken begriffen. Er ragte mit dem Vorderteil über die Flut hinaus, während das hintere Rumpfstück bis ans Geländer ins Meer tauchte.

Jetzt kam Butu mit zwei anderen Nachzüglern die Treppe heraufgehumpelt. Da die aufgeregten Krieger in der Hast alle Siebensachen durcheinander geworfen hatten, mußte er längere Zeit suchen, bis er seine Habe entdeckte, die er dann eiligst im Brustwams unter der alten Uniform versorgte.

Die Wogen gurgelten um das versinkende Schiff. Butu stand noch an Bord und richtete einen verzweifelten Blick auf seinen winzig am Schiffskiel aufragenden Mukisch, der in dieser schrecklichen Bewegtheit des Augenblicks eine geradezu strafwürdig passive jämmerliche Figur machte.

In diesem Augenblick nahm Butu innerlich Abschied von seinem Heiligen. Und es war ein wilder, trotziger Abschied, in welchem der Schmerz über getäuschte Hoffnungen den letzten Glauben besiegte.

Sich auf die Gefahr besinnend, maß er jetzt mit den Augen die Strecke, die ihn noch von der Küste trennte. Er war einst einer jener kühnen Schwimmer gewesen, sie sich kopfüber in die Flußgewässer der Heimat stürzten und mit einem zappelnden Fisch in der Hand wieder emportauchten.

Die beiden anderen Krieger hatten indessen schon ein Rettungsmittel ausfindig gemacht. An der der Küste abgewandten Seite des Schiffes schaukelte noch ein Fahrzeug, das seines zweifelhaften Zustandes wegen von den übrigen Kriegern unbenutzt geblieben war. Die beiden Neger kletterten in das zu einem Viertel mit Wasser gefüllte Boot hinab, und Butu folgte eiligst.

Energisch warf er seinen Krückstock ins Boot und packte die beiden einzigen Ruder. Nur mit Mühe gelang es ihm, den gebrechlichen alten Kasten aus der gefährlichen Nähe des Dampfers fortzubringen. Die beiden anderen schöpften mit ihren Mützen das eindringende Wasser aus.

Als sie einige hundert Meter von der Unglücksstätte entfernt waren, verschwand das Schiff mit Getöse in der aufwirbelnden Blut.

Plötzlich vernahmen sie aus einer anderen Richtung her Geschrei. Eines der mit Mannschaften besetzten Rettungsboote hatte Unglück gehabt. Es lag stark auf der Seite, dem Sinken nahe. Einige der Leute kämpften mit den Wogen, andere klammerten sich, um Hilfe schreiend, an das treibende Boot fest.

Schon kam eins der vorderen Boote zurück, um Hilfe zu leisten. Die Schiffbrüchigen wurden geborgen. Auch das von Butu und seinen Kumpanen besetzte Fahrzeug näherte sich der Stelle. Da es jedoch anscheinend nichts mehr zu tun gab, ruderte Butu mit verdoppeltem Eifer weiter.

Da sah er in geringer Entfernung etwas Dunkles im Wasser aufwogen und wieder verschwinden. Als er schärfer hinsah, entdeckte er, daß es ein menschlicher Körper war. Einen Moment lang ruhte sein Blick auf dem Kopf des Wellenopfers. Ein Schreck durchzuckte ihn — es war der Krauskopf des Berbers!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201013-16/fragment/page=0002

Partei-Angelegenheiten.

Bildungsausschuß der S. P. D. am Freitag, nachmittags 5 Uhr, Sitzung in den Räumen der Redaktion.

Referentenvereinigung. Donnerstag, den 14. Oktober, 8 Uhr abends bei Wilsdorf, Karlstr., Vortrag. Anschließend freie Aussprache. Parteigenossinnen und -genossen sind als Gäste freundlichst eingeladen.

Eisenbahner der S. P. D.! Freitag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, bei Walthers, Julius-Kühnstr. 1, Funktionärsitzung. Interne Besprechung. Erscheinen aller wird erwartet.

Verein Arbeiterjugend. Heute abend 7 Uhr treffen sich die Jugendgenossinnen und -genossen im Mozartheim, woselbst eine wichtige Zusammenkunft stattfindet. Tagesordnung: Vorstandsbericht, Kassenbericht, Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

„Freier Sängerchor". Freitag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr im Vereinslokal „Zum Schultheiß", Merseburger Straße 10, Generalversammlung. Alle aktiven und passiven Mitglieder müssen erscheinen. — Freitag, den 22. Okt., abends 7 Uhr Kränzchen im „Hofjäger", Lindenstraße. Wir bitten heute schon alle Mitglieder und Parteigenossen, welche mit ihren werten Angehörigen besonders eingeladen sind, sich darauf einzurichten. **Der Vorstand.**

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 13. Oktober 1920.

Vom Parteitag der U. S. P. D.

Kurz vor 10 Uhr eröffnet Dittmann die Verhandlungen und erteilt Luise Zietz das Schlußwort über den Bericht des Zentralvorstandes: Der Gen. Rosenfeld hat gestern die Richtlinien für die Waffenkontrolle verlesen und hat die Angabe gemacht, daß Koenen damals sagte, die Polonia-Züge seien nicht anzuhalten. Ich kann nicht verstehen, wie Koenen gestern hier aufstehen und solche heftigen Angriffe gegen die Kontrollkommission richten konnte. Betreffs des Generalstreiks beim Kapp-Putsch führt sie weiter aus: Wie lange, Genossen, stellen Sie sich denn vor, daß der Generalstreik noch fortgesetzt werden sollte, um die Truppen zum Abmarsch zu bewegen? Wendet sich dann weiter noch scharf gegen Däumig, Stöcker, Richard Müller und Koenen, deren wankelmütige Politik sie in markigen Ausdrücken brandmarkt. Um alle die politischen Fragen haben wir gerungen mit diesen Genossen und haben versucht unsern marxistischen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Erst als die Moskauer Bedingungen bekannt wurden, ist die Mehrheit im Parteivorstande für die Politik des Zentralkomitees gerstört worden.

Der Vorsitzende begrüßte mehrere auswärtige Genossen, darunter Martoff, ersten Vorsitzenden der Menschewiki, Lusowski, den Vorsitzenden der russischen Gewerkschaftsdelegation, Jean Longuet, Frankreich, den Enkel von Karl Marx, den Führer der französischen Linkssozialisten oder Syndikalisten, Sinowjew, den Vorsitzenden des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, die Genossin Grimm aus der Schweiz sowie zwei bulgarische Genossen. Die Tagung trat dann in die Beratungen ein über die Aufnahmebedingungen der dritten Internationale. Crispien erstattete das Referat.

Kitzliche Fragen.

In der „Freiheit" richtet ein Moskaugegner einige Fragen — er wählt die Unglückszahl 13 — an den Parteitag in Halle. Er meint, die Beantwortung dieser Fragen würde es unnötig machen, schön gedrechselte Redensarten zu wechseln. Wir geben im Folgenden nur 4 Fragen wieder und meinen, wenn der Parteitag der U. S. P. diese vier Fragen beantwortet, dann weiß auch jeder Delegierte, wo er hingehört. Die Fragen lauten nach der „Freiheit":

Begrüßt oder verurteilt das Exekutivkomitee das Verhalten der in Baku versammelt gewesenen „Kommunisten" der Ostvölker, die den heiligen Krieg ausriefen? Billigt insbesondere das Exekutivkomitee den von den „Genossen" Enver Pascha und Mustapha Pascha begonnenen heiligen Krieg gegen das schon immer unter den muselmannischen Massakres schwer blutende, jetzt souveräne armenische Volk?

Begrüßt oder verurteilt das Exekutivkomitee überhaupt, wenn der soziale Klassenkampf durch blindwütende, im fanatischsten Blutrausche sich wälzende Religionskriege verdrängt wird?

Will das Exekutivkomitee, daß die Organisationen, die auf ihren Verbandstagen sich für die Moskauer Gewerkschaftsinternationale entscheiden, aus dem Gewerkschaftsbund ausscheiden oder daß sie auf dem Gewerkschaftskongreß in ihrem Sinne wirken?

Will das Exekutivkomitee, daß keine der Moskauer Internationale angeschlossene Gewerkschaft mit gleichberuflichen Gewerkschaften anderer Länder, die der Amsterdamer Internationale angeschlossen sind, in Verbindung treten soll und darf?

Jetzt hat die Versammlung im „Volkspark" das Wort.

Feine Liköre statt Zucker.

Unsere Hausfrauen sind fortgesetzt in Nöten ob der geringen Zuckermenge, die sie zugewiesen erhalten. Wo die großen Quantitäten des köstlichen Produktes hinkommen, darüber belehrt uns die „Zeitschrift für Kolonialwaren und Landesprodukte". Sie schreibt:

„Von den „maßgebenden Stellen" wird seit Monaten immer wieder versichert, daß wir unter einer großen Zuckerknappheit zu leiden haben. Infolgedessen wurde schon im vergangenen Monat die monatliche Kopfmenge entsprechend herabgesetzt. Trotz der behördlich wiederholt versicherten Zuckerknappheit ist aber im Schieberhandel Zucker zu Wucherpreisen zu haben. Wo außerdem noch Zucker vorhanden ist, das besagt folgende Nachricht aus Berlin: Die Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein in Berlin, Schellingstraße 14, hat neuerdings die Destillateure im Deutschen Reich mit je 300 Liter Spiritus beliefert und ist in der Lage, jedem dieser Spiritusempfänger auf die 300 Liter je einen Zentner Zucker zum Preise von 1200 Mk., also 12 Mk. für das Pfund, auzubieten. Die Belieferung mit 300 Liter Spiritus ist kürzlich wiederholt worden, und prompt macht die genannte Reichsmonopolverwaltung ein weiteres Angebot derselben Zuckermenge. Da der Zucker nur in Doppelzentnersäcken geliefert wird, werden die Destillateure aufgefordert, daß immer zwei von ihnen einen Sack zum Preise von 2400 Mark beziehen sollen. In den Offerten der staatlichen Stellen heißt es: „Weiteres Angebot. Wir sind voraussichtlich in der Lage, den Destillateuren auf Grund der ihnen zugeteilten Mengen Auslandssprit Zucker in einem Umfang zur Verfügung zu stellen, daß auf je 600 Liter zugeteilten Sprit ein Sack von 100 Kilo Zucker entfällt. Da die 100-Kilosäcke an den Lieferstellen sich keineswegs teilen lassen, können die Empfänger von 300 Liter Sprit an dem Zuckerbezuge nur unter der Bedingung beteiligt werden, daß je zwei Empfänger von 300 Liter Sprit einen 100-Kilo-Sack beziehen. Wir genehmigen, daß Sie sich mit einem Ihrer bekannten Berufsgenossen, dem 300 Liter Sprit zugeteilt worden sind, zwecks gemeinsamen Bezuges eines 100-Kilo-Sacks verständigen. Sobald dies geschehen, sind uns die beiden unterzeichneten Bestellscheine auf je 50 Kilo Zucker von einer Stelle zusammen einzusenden. Die Bezahlung hat nur durch eine Firma zu geschehen, und diese Firma hat der Reichsmonopolverwaltung die bewirkte Ueberweisung des Gesamtbetrages von 2400 Mark anzuzeigen."

Neuordnung der Polizei.

Durch Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 4. 10. 20 ist die Sicherheitspolizei mit dem 6. 10. 20 aufgelöst worden. Sie bildet von jetzt an mit der kommunalen Polizei die neue Ortspolizei, die mit sämtlichen Beamten als rein örtliche der kommunalen Polizeibehörde untersteht.

Für den Ortspolizeibezirk der Stadt Halle ist eine Stärke von 1240 Polizeibeamte vorgesehen. Die gegenwärtig vorhandene Stärke an Beamten erreicht diese Zahl aber bei weitem noch nicht, so daß demnächst noch Beamte aus anderen Orten nach hier verlegt werden müssen.

Aus Sparsamkeitsrücksichten wird einstweilen beiderseitig die bisherige Uniform beibehalten.

Behandlung aufgefundener Luftballone und Drachen mit wissenschaftlichen Apparaten.

Die Sicherung unserer Luftschiffahrt sowie sonstige technisch-wissenschaftliche Probleme erfordern es, daß von bestimmten Punkten Flugkörper mit Apparaten hochgelassen werden, die selbsttätig Temperatur, Feuchtigkeit und Windstärke in der Höhe aufzeichnen.

Werden als Tragkörper freiliegende Gummiballone benutzt, die bis zum Platzen steigen, so wird der Fall des Instrumentes durch einen Fallschirm gebremst. Beim Auffinden der kleinen Instrumente mit Schirm bringe man dieselben unter großer Sorgfalt und ohne in ihren Mechanismus eingreifen zu wollen, an einen kühlen, trockenen Ort. Der am Körbchen befestigte Brief enthält eine Anleitung für Bergung und Aufbewahrung des Instrumente.

Des weiteren werden von Drachenstationen auch Aufstiege mit gefesselten Flugkörpern gemacht. Bei der immer größeren Verbreitung der Leitungsnetze von elektrischen Ueberlandzentralen ist vor allem darauf zu achten, ob die an den Flugkörpern befestigten oder auch losen Drähte nicht mit einer derartigen Hochspannungsleitung in Berührung stehen. Beim Auffinden längerer über Linien einer Ueberlandzentrale hinwegliegender Drahtenden mit und ohne Drachen oder Ballone wird am besten das Observatorium Lindenberg (Beeskow Nr. 40, Glinicke Nr. 40) telephonisch oder telegraphisch benachrichtigt, das sogleich durch einen Sachkundigen den bezeichneten Draht entfernen läßt. Drachendrähte dürfen niemals mit bloßen Händen berührt werden. Im Falle der Not müssen die Hände sorgfältig mit einem dicken trockenen Tuche umwickelt werden.

Es ist auch zu beachten, daß das Gas, mit dem die Ballone gefüllt sind, äußerst feuergefährlich ist, man darf sich demselben also werder mit einem offenen Licht noch mit brennender Zigarre oder Pfeife nähern.

Der Finder erhält eine seinen Bemühungen angemessene Belohnung. Dieselbe wird bedeutend höher als der Zeitversäumnis des Finders entspricht, bewertet, wenn es gelingt, das ganze abgerissene Drachengespann zu bergen. Dabei hat der Finder lediglich dafür zu sorgen, daß das Drachengespann nicht weiterfliegt, was entweder des als Anker dienenden, am Boden oder in Bäumen festgelaufenen Drachens oder durch Sichern des Drahtendes erfolgt. Bei dieser Arbeit ist stets darauf zu achten, daß ein Teil des Haltedrahtes den Erdboden berührt, damit eine Ableitung der elektrischen Ströme erfolgen kann.

Drachen, Ballone und Instrumente sind Staatseigentum. Es muß also von jedermann erwartet werden, daß er bei der Bergung hilft und Unkundige dabei durch sachgemäßen Rat unterstützt. Wer die Ballone, Drachen und Apparate absichtlich beschädigt oder hinterzieht, wird strafrechtlich verfolgt.

Die Polizei- und Gemeindebeamten werden ersucht, der sachgemäßen Ausführung obiger Vorschriften die tunlichste Förderung und Unterstützung zuteil werden zu lassen und ganz besonders durch Belehrung und gelegentliches gutes Beispiel dabei mitzuwirken, daß diese wichtigen und von allen Kulturvölkern betriebenen Untersuchungen von Erfolg begleitet werden.

Fundbureau der Straßenbahn.

In der Zeit vom 1. bis 30. September 1920 sind die nachstehend aufgeführten Gegenstände in den Wagen der städtischen Straßenbahn gefunden worden:

9 Spazierstöcke, 11 Regenschirme, 18 Paar Handschuhe, 2 einzelne Handschuhe, 1 Schürze, 1 Handtuch, 2 Kindermützen, 1 Taschentuch, 1 Decke, 1 altes Jackett, 1 Handtasche, 1 Brieftasche, 1 Marktnetz, 1 Schal, 1 Beutel, 1 Schlipsnadel, 1 Rocknadel, 1 Frühstückstasche, 1 Korbtrageband, 6 Portemonnaies, 1 Buch, 1 Mappe, 1 Geldschein, 1 Paket (Inhalt 1 Wage), 1 Paket (Inh. Kleider), 1 Paket (Inh. Bestecke), 1 Paket (Inh. Briefbogen), 1 Karton (Inh. 3 Büchsen Milch), 1 kleiner eiserner Spaten, 1 Mappe Schriftstücke, 1 Uhrkette mit 2 Schlüsseln, 1 Paket alte Leinwand, 1 Bund Schlüssel, 2 einzelne Schlüssel.

Die Empfangsberechtigten werden unter Hinweis auf §§ 981 bis 981 BGB. ersucht, ihre Rechte in unserem Fundbüro Berliner Straße 1 innerhalb einer Frist von 3 Monaten vom heutigen Tage an gerechnet, geltend zu machen.

Nach Ablauf dieser Frist werden die Fundstücke öffentlich versteigert.

Die öffentliche Versteigerung der im Monat März—Juni 1920 gefundenen, nicht abgeholten Stücke findet Dienstag, den 19. Oktober 1920, vorm. 9 Uhr in der Wagenhalle, Berliner Straße 1, statt.

Gebt die Waffen ab. Die Waffenabgabestelle ist bis einschl. 20. Oktober von 10 bis 12 Uhr vorm. geöffnet.

Dem städt. Jugendamt liegt es ob, sich über das Verhalten und Befinden der im Stadtbezirk wohnenden Mündel dauernd zu unterrichten, um nötigenfalls helfend eingreifen zu können. Dazu werden die städtischen Pflegerinnen beauftragt, an Ort und

Der schweigende Wald.

P. Haupt.

Eine halbe Stunde von der Stadt entfernt breitet sich der Buchenwald gleich einem Netzwerk, getragen von glatten, grauen Säulen, die im gelbbraunen Blätterteppich wurzeln.

Die feuchte Kälte des frostlosen Wintertages scheint sich zwischen den Bäumen gefangen zu haben, daß es dem, der den Wald auf schwärzlichem, moosüberhauchtem Pfad durchschreitet, fröstelt.

Leblos, kalt, wie tot Blätterteppich, Bäume. Selten durchstreift eine Krähe eilig das Zweiggewirr, verschwindet zu der Mulde mit ihrem Kiefer- und Tannengestrüpp. Ihr hungriges Krächzen ist wie ein Aufbäumen gegen die Natur, die sie erschuf, ihr Leben in ewige unzerreißbare Gesetze schlug, wie die Klage der fühlenden Kreatur gegen den Winter mit seinem Hunger.

Schweigend fühllos duldet der Wald Kälte und Schnee, läßt sich vom Sturm durchheulen, Blätter rauben; läßt sich von der Sonne bescheinen, Blätter und Blüten treiben, wächst und schläft wieder ein, im Herbst, schweigend, teilnahmslos, kalt.

Räder quietschen, schwere und zittrige Schritte tapsen, alte Frauen, dürftig gekleidete, fröstelnde Kinder schieben und zerren ihr Holzwäglchen den Weg entlang, nehmen hier und da einen morschen Zweig, der ihnen zu schade scheint liegen zu bleiben, mit.

Keuchendes Atmen, schwere stöhnende Schritte, schmerzende menschliche Armut, Leid und Not umzittern die Stämme, steigen empor an den unbewegten Stämmen, in die leblosen schlafenden Zweige.

Räder quietschen, schwere, zittrige Schritte tapsen, alte Frauen, dürftig gekleidete, fröstelnde Kinder ziehen mit ihren Karren weiter, aus dem Wald heraus, der Stadt zu.

Dort hinten, jenseit einer niedrigen Bodenwelle, schaut sie hinüber zu dem Wald, das menschenerschaffene, steinerne Gewirr, atmend und lebend aus hundert Schornsteinen, Schatten hinter Fenster, kribbelnden, fastenden Menschlein in seinen Straßenkanälen.

Dort hinten, in dem Häuserwald, in den engen und breiten Straßen, dort lebt und fühlt es unter tausend Seufzern, tausend Nöten, tausend Lachen, tausend Freuden.

Dorthin die alten Frauen, die Kinder mit ihren Karren, ihren Sorgen, Aechzen und ihren tausend Listen, dem Leben abzuschöpfen, was sie befriedigt, was ihrem Fühlen Genugtuung bringt.

Schweigend, fühllos duldet der Wald, duldet Fülle und Wärme, Schnee und Sonne, duldet die Menschen; fühlend, seufzend und lachend die Menschen und ringen, um aus den ewigen Bahnen sich eine eigene, ihnen genehme zusammenzuzimmern.

Alte und wahre Worte. Es ist der Mühe nicht wert, die Armseligkeit zu widerlegen, womit einige verworfene Schriftsteller unter uns die wenigen unvermeidlichen Unglücksfälle, die eine große Revolution notwendig mit sich bringen mußte, als Enormitäten der ersten Größe und als Schandflecken der Geschichte darzustellen bemüht sind, indessen sie den systematischen Mord von Tausenden durch den Ehrgeiz kriegführender Despoten und die langsame Vergiftung der Freuden von Hunderttausender und die Erpressung unerschwinglicher Abgaben für nichts achten oder wohl gar als ruhmvolle Taten mit ihrem feilen Lobe vor dem Fluch der gegenwärtigen und kommenden Generation zu sichern hoffen. (Georg Forster, Ansichten vom Niederrhein. 1790. Verlag Reclam, Band 2, Seite 92.)

Wie das „Rhabarber" auf die Bühne kam. Wie das Wort „Rhabarber" dazu kam, für das Murmeln einer erregten Masse auf der Bühne benutzt zu werden, davon plaudert lustig Herbert Eugenberg in einem Aufsatz „Die Entstehungsgeschichte eines Geräusches" in der „Freien Deutschen Bühne". Das viel verwandte und viel belachte Wort ist während einer Inszenierung auf die Bühne gekommen, die der Herzog von Meiningen bei der „Julius Cäsar"-Aufführung seiner berühmten Truppe leitete. Der Herzog litt damals bereits an Taubheit, und seine Gemahlin, die Freifrau von Heldburg, saß als Zuflüsterin neben ihm. „Sie fühlte sich an dem Tage recht unpäßlich und hatte dem Kammerdiener schon heimlich den Auftrag gegeben, ein Schächtelchen mit Rhabarberpillen aus dem Schlosse zu holen, von denen sie eine oder zwei verstohlen mit einem Schokoladchen zu sich nehmen wollte, da der Herzog kein Freund von Pausen während der Proben war. Auf der Bühne stand der Chor der römischen Bürger ziemlich ungelenk und bockstill herum. Die Anordnungen des Herzogs, der, darin ganz Fürst, persönlich nie die Bühne betrat, wurden durch einen früheren Offizier, den trödligen Intendanzrat Grabowski, vermittelt. Die Vermittlung durch Grabowski ging an diesem Tage schlecht, und der Herzog war bereits verdrießlich aufgesprungen. „Nun, Grabowski?" bullerte er — so schildert der Schöpfer der „Schattenbilder" die Szene. „Hoheit, der Chor weiß nicht, was er sprechen soll vor der Rede des Brutus." In diesem Augenblick stieß er auf den Kammerdiener, der mit seinem Schächtelchen in den dunklen Raum hineintappte. „Was bringen Sie denn da?" „Rhabarber! Auf Befehl!" Der Herzog, der von dem stillen Auftrag der Heldburg nichts wußte, rief verwundert: „Rhabarber?!" Grabowski aber hielt das für den Text, den das Volk sprechen sollte, und meinte: „Lassen Sie einfach meinetwegen „Rhabarber" murmeln oder etwas Aehnliches!" Kurze Zeit darauf klang es vielfältig von der Bühne und wurde seitdem üblich als Volksgemurmel bei den Meiningern: „Rhabarber! Rhabarber!"

Ein Volk, das sich nicht wäscht. Wenn der berühmte Ausspruch, daß die Kultur eines Volkes sich nach seinem Seifenverbrauch bestimmen läßt, wirklich wahr wäre, dann wären die Mongolen das unkultivierteste Volk der Welt. Aber ihre erstaunliche Unsauberkeit hat sozusagen „höhere Gründe". Wie eine englische Reisende Beatrix Bulstode in einem Buche „Tour in Mongolia" berichtet, hängt die Schmutzigkeit dieses Volkes mit ihrer Religion zusammen. Sie glauben nämlich, daß ein Mensch, der während seines Lebens viel mit Wasser zu tun hat, in seinem nächsten Leben ein Fisch wird, und das Los der stummen Wasserbewohner erscheint ihnen so wenig beneidenswert, daß sie sich ängstlich vor jeder Berührung mit dem nassen Element hüten. Die Vorstellung der Seelenwanderung spielt überhaupt in ihren Bräuchen eine große Rolle. Da sie fest davon überzeugt sind, daß die Seele nach dem Tode sofort den Körper verläßt, um in einem höheren oder niederen Zustand fortzuleben, so behandeln sie die menschlichen Leichen ganz so wie tierisches Aas. Die Toten werden irgendwo hingeworfen und dann von den wilden Tieren oder den Raubvögeln verzehrt. Mit dieser Roheit den Verstorbenen gegenüber geht eine große Grausamkeit gegen Verbrecher Hand in Hand. Die Reisende sah in einem Gefängnis eine Anzahl von Menschen, die in schrecklicher Verkrümmung in Kisten gestopft waren, an denen nur einige Luftlöcher angebracht waren. Die Unglücklichen konnten so weder sitzen noch liegen und mußten in der furchtbaren Verrenkung langsam hinsiechen. Der Schmutz, in dem dieses Volk lebt, erscheint um so greller in der Umrahmung einer Landschaft voll orientalischer Farbenpracht. Ueberall stößt man in der Mongolei auf die merkwürdigsten Gegensätze. Da trifft man Mandarinen, die noch mit einem Feuerstein Feuer machen wie vor Jahrtausenden und dabei ein ganz modernes Gewehr und vorzügliche Zeiß-Feldgläser besitzen. Mrs. Bulstode war bei einer Familie eingeladen, deren beide Söhne eine Universitätsbildung in Cambridge genossen hatten und in der man doch noch mit den Fingern aß, als wenn Löffel, Messer und Gabeln niemals erfunden worden wären.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751920101З-16/fragment/page=0003

Stelle sich nach dem Ergeben und der Führung der Kinder zu erkundigen. Wenn ihnen auch durchweg das richtige Verständnis seitens der Oeffentlichkeit entgegengebracht wird, so lassen einzelne abweichende Fälle erkennen, daß eine Aufklärung über den Zweck der Besuche der Pflegerinnen erwünscht ist. Alle beteiligten Kreise werden daher gebeten, den mit Ausweis versehenen städt. Pflegerinnen ihre Amtsführung durch entgegenkommende, wahrheitsgemäße Darlegung der Verhältnisse der Mündel zu erleichtern.

Eine alte geistesschwache Frau wurde, da sie nicht wußte, wohin sie wollte, dem Obdachlosenasyl zugeführt.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Freitag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus ordentliche Mitgliederversammlung für beide Abteilungen. Eröffnung der Vortragsreihe über „Die soziale Gesetzgebung“. Einleitender Vortrag über „Sozialpolitik“ (Referent Kamerad Vogel).

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, geht das Drama „Und das Licht scheinet in der Finsternis“ in Szene. Donnerstag abend, Anfang 7 Uhr, gelangt Richard Wagners „Tannhäuser“ zur Aufführung. Freitag „Fra Diavolo“. Sonnabend „Als ich noch im Flügelkleide“. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Flachsmann als Erzieher“, abends 7½ Uhr „Die Entführung aus dem Serail“, Oper in drei Akten von Mozart.

Zoologischer Garten. Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet das 1. Gesellschaftskonzert in der diesjährigen Winterspielzeit statt. Es wird vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Obermusikmeisters Karl Steuer ausgeführt. Als Solist ist der Konzertmeister Max Knoch gewonnen worden, der erstklassige Solostücke für Violine zum Vortrag bringen wird.

Provinz und Umgegend.

Zum Streik im Oberröblinger Braunkohlenbezirk:

Die Arbeitgeberkreise verbreiten darüber folgende Nachricht:

Die Arbeiteratsmitglieder der Grubenverwaltung Oberröblingen sind am 12. zu Verhandlungen in Halle gewesen, die leider zu einem Ergebnis nicht geführt haben. Einige von den gestellten Forderungen betreffen die Durchführung des Tarifvertrages vom 17. April 1920.

Die Arbeiterratsmitglieder waren der Auffassung, daß über diese Forderungen beraten werden konnte, ohne zu der Verbindlichkeit und Anerkennung des Tarifvertrages im ganzen Stellung nehmen zu müssen. Der Vorstand der Gesellschaft konnte diesem Standpunkt nicht beipflichten und verlangte Anerkennung aller tarifarischen Bestimmungen, da der Tarifvertrag nur als Ganzes betrachtet werden kann und bei Ablehnung einzelner Paragraphen durch die Belegschaft auch keine Verpflichtung des Arbeitgebers mehr besteht, die Bestimmungen über Lohnzahlung und Deputate zu erfüllen. Die Arbeiterschaft der Grubenverwaltung Oberröblingen ist am 11. in den Streik getreten unter Umgehung der Vorschrift des § 17 des Tarifvertrages, der vorschreibt, daß im Falle von Meinungsverschiedenheiten über Fragen des Arbeitsverhältnisses die zuständige Untergruppe Halle der Arbeitsgemeinschaft für den Braunkohlenbergbau angerufen werden soll. Der Vorstand hat in Anerkennung dieser Bestimmung unter dem 11. 10. die Angelegenheit der Untergruppe Halle übertragen und mußte, wenn er nicht den am Tarifvertrag beteiligten Arbeiter-Organisationen gegenüber tarifbrüchig werden und den Tarifvertrag nicht überhaupt illusorisch machen wollte, auf Verhandlungen vor der Arbeitsgemeinschaft bestehen. Er mußte dies umsomehr tun, als durch den unberechtigten und gegen die Bestimmungen des Tarifvertrages hervorgerufenen Streik die Oeffentlichkeit auf die Angelegenheit der Grubenverwaltung Oberröblingen aufmerksam geworden ist und daher der Vorstand der Gesellschaft die Pflicht hat, vor einer neutralen Stelle die Streikangelegenheit erörtert und erledigt zu sehen.

Die Arbeitervertreter haben sich leider dieser Auffassung nicht angeschlossen und haben infolgedessen den Verhandlungsraum verlassen.

Es handelt sich also jetzt in erster Linie um die Tatsache, ob die Oberröblinger Arbeiterschaft den Tarifvertrag und damit die Arbeitsgemeinschaft als Schlichtungsstelle anerkennen will oder nicht.

Ammendorf. Einbruch in einen Zigarrenladen. In den Morgenstunden des heutigen Tages wurde in dem Zigarrengeschäft von Litfert u. Thronicker in Ammendorf, Regensburgerstraße, eingebrochen. Von der Glastüre des Ladens wurde die Glasscheibe entfernt und der Laden vollständig ausgeräumt.

Weißenfels. Plötzliche Einberufung eines Kreistages des Landkreises Weißenfels wegen endgültiger Kartoffelpreisregulierung von 19—22 Mark. Die Veranlassung dazu war die unter dem Druck der Arbeiterdemonstrationen in Zeitz entstandenen Forderung, den Zentner Kartoffeln zu 18 Mark zu liefern. Dadurch war die eingeleitete Hilfsaktion durch die Behörden der Städte und Kreise Zeitz-Weißenfels vor acht Tagen, an dem auch Vertreter der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften teilnehmen, wo die Vereinbarung von 75 000 Zentner Kartoffeln zu 15 Mark zu liefern, ins Wasser gefallen: Der am Donnerstag, den 5. d. M. im hiesigen Kreishause tagende Kreistag nahm zur Kartoffelfrage noch einmal eingehend Stellung. Landrat Zimmermann: Die Demonstrationen in Zeitz, in der unter Androhung der Stillegung der Betriebe und des Verkehrs, die Forderung gestellt wurde, die Kartoffeln zu 18 Mark zu liefern, hat nun eine Stockung der Lieferung der Kartoffeln mit sich gebracht, denn niemand wolle nunmehr wissen, was eigentlich gültiger Preis sei. Von der rechtlichen Verpflichtung des Vertrags mit 31.75 könne nur eine gegenseitige Vereinbarung beider Vertragsteile entbinden. Der Kreistag muß sich bewußt sein, daß es für die Folgen dessen, was er heute beschließe, oder zu beschließen unterlasse, verantwortlich sei. Der Landrat gab eine Erklärung der Regierung bekannt, wonach an den Preisen von 25 Mark festgehalten wird, jedoch eine Senkung des Preises durch örtliche Vereinbarung befürwortet wird. Abg. Krug hat, den Weg der Verständigung nicht zu verschließen und sachlich zu beraten, ob eine weitere Herabsetzung möglich sei. Die Lage ist jetzt so, daß, wenn die Forderungen auf Senkung der Lebensmittelpreise nicht beachtet werden, das ganze Verkehrs- und Betriebswesen stillgelegt wird. Der Zeiger der Uhr steht dicht vor 12 Uhr. Die Landwirte können wohl etwas heruntergehen. Kreismittel für eine Senkung rate ich ab, weil das eine neue Steuererhöhung nötig macht. Bitte ändern Sie an den Zeitzer Forderungen nichts. Abg. Kranz-Granschütz: Auf dem letzten Kreistag hätte die U. S. P. durch einen Antrag an die Regierung weitere Herabsetzung des Kartoffelpreises gefordert. Von den bürgerlichen Vertretern wurde derselbe abgelehnt. Abg. v. Tellemann: Nur infolge der Arbeitslosigkeit habe die Landwirtschaft sich zu diesem Opfer bereit erklärt. Man möge den Bogen nicht überspannen. Die Bauernschaft habe Opfer gebracht. Landrat Zimmermann: In der Magdeburger Versammlung haben die Angestellten- und Beamtenvertreter erklärt, schlimmer daran zu sein, als viele Arbeiter. Die Stadt Weißenfels habe 15 000 M. Einkommen als Grenze der Minderbemittelten angenommen. Rittergutsbesitzer Reinhardt-Burgwerben bei Weißenfels: Jetzt ist das System der Zwangswirtschaft zusammengebrochen. Ich halte den heutigen Lohnverhältnissen entsprechend den Kartoffelpreis von 20—25 M. angemessen. Sehen Sie den Landwirt nicht als „Geldverdiener“ an. Er ist sich seiner Verantwortung für die Sicherstellung der Volksernährung zum größten Teil klar. Zuviel legt niemand beiseite, denn das holt die Steuer. Abg. Henniger-Meinerweh: Oberbürgermeister Löffler (U. S. P.) in Zeitz soll selbst den Charakter der Kartoffelfrage als politisch bezeichnet haben. Auf dem Lande gibt es auch Arbeiter, die bis zu 15 Zentner Kartoffeln ernten. Diese sollten doch für ihre Arbeitsbrüder in der Stadt mehr Verständnis besitzen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie haben Wucherpreise gefordert. Ist es denn nicht möglich, daß die Arbeitslosen auf dem Lande helfen? Dr. Kluge gibt im Namen der Landwirte folgende Erklärung ab: Der Preis für die Vertragskartoffeln wird um 5 Mark auf 25 Mark gesenkt. — Nebenbei bleibt die 15-Mark-Aktion bestehen. Hierdurch wird erreicht werden, daß unter Zuhilfenahme der vom Kommunalverbande und den Grubengesellschaften bewilligten Mittel die Kartoffeln an die Bevölkerung für 20 M. abgegeben werden könne. Die Fraktion der U. S. P. gab folgende Erklärung ab: Die Unsicherheit des ganzen Wirtschaftslebens läßt es der U. S. P.-Fraktion nicht zu, in Bezug auf die Preisfestsetzungen für Kartoffeln eine bindende Erklärung abgegeben, da ein festgesetzter Preis von 20—22 M. infolge der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit später abermals als zu hoch zu betrachten wäre. Sie erwartet von der Einsicht der Erzeuger den Kartoffelpreis so niedrig als möglich zu bemessen und lehnt die aus der etwaigen Preistreiberei entstehenden Folgen ab. Der Kartoffelnot würde die Fleischnot folgen. Das Wirtschaftsleben werde zusammenbrechen und einem sozialistischen Platz machen. Darauf erklärt Landrat Zimmermann: Ich stelle fest, daß wir auf dem toten Punkte angelangt sind. Die U. S. P. mit ihren 16 Vertretern lehnt einen bestimmten Beschluß ab. Mit den 14 bürgerlichen Vertretern ist der Kreistag beschlußunfähig. Ich habe also keinen Beschluß, auf dem in der Kartoffelversorgung weitergearbeitet werden kann. Ich bin somit nicht in der Lage, den Gemeinden eine bindende Erklärung zugehen zu lassen über den Kartoffelpreis. Wenn die Kartoffelversorgung unterbleibt — ich kann die Verantwortung nicht dafür übernehmen. Die Verantwortung tragen Sie! Ich hätte es lieber gesehen, wenn die Landwirte zu einem Einheitspreise von 22 M. gekommen wären. Ich stelle den Landwirten noch einmal die Erwägung anheim ob sie sich nicht für einen Einheitspreis entscheiden wollen. Alle Einwände ändern nichts an der Tatsache, daß für die allgemeine Versorgung der Einheitspreis besser ist. Die Kreistagsabgeordneten sind verantwortlich dafür, wenn kein Beschluß zustande kommt, auf Grund dessen ich den Gemeinden einen endgültigen Preis mitteilen kann. Wenn die U. S. P. sich dem Beschlusse entzieht, kommt nur eine neue Unsicherheit in die Versorgung und die Gemeinden erhalten keine Kartoffeln. Führen Sie darum einen Beschluß herbei, auf Grund dessen ich den Gemeinden einen endgültigen Preis mitteilen kann. Geben Sie mir diesen Beschluß nicht, dann berauben Sie mich der Möglichkeit, die Geschäfte weiter ordnungsgemäß zu führen. Ich lehne die Verantwortung für die Folgen ab. Abg. Kluge gibt namens der Landwirte eine zweite Erklärung ab: Der Preis für die Kartoffeln wird allgemein, auch für die Vertragskartoffeln, und zwar vom 16. Sept. d. J. ab, auf 22 Mark für den Zentner festgesetzt. Die 15-Mark-Aktion wird hierdurch aufgehoben. — Wir hoffen dadurch die Bevölkerung unseres Kreises zufrieden zu stellen und werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln auf unsere Berufsgenossen einwirken, für diesen Preis die Kartoffeln abzugeben. Der Landrat Zimmermann formuliert darauf den entscheidenden Kreistagsbeschluß wie folgt: Nachdem die berufenen Vertreter der Landwirtschaft erklärt haben, die Speisekartoffeln einschließlich der Vertragskartoffeln allgemein für den Preis von 22 Mark pro Zentner zu liefern, beschließt der Kreistag und der Kreisausschuß, die bei ihm bestellten Kartoffeln den Gemeinden des Kreises zum Preise von 19 Mark pro Zentner frei Empfangsstation zuzuführen. Die hierfür benötigten Mittel sollen aus den vom Kreistage zur Verfügung gestellten 200 000 Mark sowie aus der vom halleschen Bergwerksverein bereitgestellten Summe entnommen werden. Sofern diese Mittel nicht ausreichen und sofern der Hallesche Bergwerksverein seinen Betrag nicht erhöht, ist der Mehrbetrag aus vorhandenen Ueberschüssen zu entnehmen. Landrat Zimmermann glaubt nun, daß der Mehrbetrag nur ein Geringes betragen könne. Die Zentralgenossenschaft habe sich bereit erklärt, die Handelsgebühr von 1.75 M. für den Kreis ebenfalls zu ermäßigen. Der Kreistag beschließt darauf gegen zwei Stimmen die Annahme des entscheidenden Beschlusses. a. t.

Naumburg. Jubiläumsfeier. Zu einer stimmungsvollen Jubiläumsfeier hatten sich am 9. Oktober abends die hiesigen Buchdruckergehilfen mit ihren Angehörigen in Dunkelbergs Kolonnaden zusammengefunden. Die Feier galt dem 25jährigen Bestehen des Bezirksvereins und der gleichlangen Tätigkeit als Bezirkskassierer ihres Kollegen Otto Teichmann. In der packenden Festansprache des Gauvorstehers Prox-Weimar wurde die Entstehung und der Werdegang des Buchdruckerverbandes den Anwesenden in angehender Weise vor Augen geführt die jahrelange tätige Mitarbeit des Jubilars im Interesse der Organisation gewürdigt. Vorsitzender Fuhrmann gab einen Ueberblick über die Entwicklung des Bezirksvereins und die Tätigkeit des Koll. Teichmann in seinen verschiedenen Arbeitsgebieten. Beide Redner überreichten im Namen der von ihnen vertretenen Vereinigungen entsprechende Geschenke. In längeren Ausführungen brachte Kollege Teichmann seinen Dank für die erwiesenen Ehrungen zum Ausdruck. Der Gesangverein Gutenberg und das Höra-Trio trugen zur sonstigen Unterhaltung bei. Auch in der Parteibewegung hat Otto Teichmann immer seinen Mann gestanden; namentlich hat er sich durch seine Tätigkeit als Stadtverordneter die Achtung aller Parteimitglieder zu erwerben verstanden, weshalb ihm auch an dieser Stelle herzlichste Glückwünsche dargebracht seien.

Delitzsch. Oeffentliche Versammlung der S. P. D. Am Sonnabend sprach hier im Schützenhause Genosse Rechtsanwalt Dr. Graf-Leipzig über „Demokratie oder Diktatur“. Gen. Dr. Graf ging in seinen von großer Sachlichkeit getragenen Ausführungen von der staatspolitischen Voraussetzung, wie sie die Umgestaltung vom 9. November 1918 gegeben hat, aus, daß die Demokratie die Grundlage des Staates sein muß. Wir sind jetzt aber dahin gekommen, daß der Terror von links zu erwarten ist. Den Massen wurde von der U. S. P. kurze Zeit nach der Revolution gepredigt: Die Revolution muß weitergetrieben werden. So kam es, daß wir in Deutschland bald darauf von Putsch zu Putsch eilten. Die U. S. P. beging den Fehler, unter Demokratie die Herrschaft einer bestimmten Schicht zu verstehen. Es ist von ihr nie klar dargelegt worden, was man unter Rätesystem zu verstehen hat. In Rußland ist das Rätesystem konsequent worden. Diese Diktatur hat aber nur den Niedergang zur Folge gehabt. Die Diktatur wird von einer Minderheit ausgeübt. Die U. S. P. sollte, soweit sie moskaufreundlich ist, lieber umkehren, als den falschen Weg beschreiten. Diese Moskauer Diktatur würde von der überwiegenden Mehrheit nur zähneknirschend ertragen werden. Die Veranlagung der Demokratie in der neuen deutschen Reichsverfassung, die in dem Grundsatze wurzelt: „die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, ist als freieste und konsequenteste Durchführung des demokratischen Gedankens anzusehen, wie sie kein anderer Verfassungsstaat in der Welt aufzuweisen hat. Die Gewaltherrschaft, wie sie das Moskauer Exekutivkomitee, in dem nur etwa ein Sechstel Sozialisten anderer Länder entscheidend mitzureden hätten, ausüben würde, würde die ganze Welt zu einem Narrenhaus machen. Der gesunde Menschenverstand sträubt sich gegen solche Unstimmigkeit, die nicht erkennen lassen wollen daß die Menschen eben nicht aus einem Holz geschnitzt sind. Eine Diktatur würde nur die andere ablösen und noch völlig zum Chaos führen. Das Proletariat hätte gegenwärtig nur eine Aufgabe zu erklären: sich zu einigen. Demokratie verlangt die gleiche selbstlose Hingabe an den Staat, was um so notwendiger erscheint, um freudig am Wiederaufbau des Staates mitzuarbeiten. Reicher Beifall dankte dem Redner für seinen Vortrag, der sich frei von Phrase und Schlagwort hielt. Es war nur schade, daß nicht eine zahlreichere Zuhörerschaft aus U. S. P.-Kreisen anwesend war, denn diese hätten vieles aus diesem lehrreichen Vortrag lernen können. In der Diskussion meldete sich nur ein Herr Krischen von der U. S. P., der mit einigen Phrasen seine Moskaufreundlichkeit beweisen wollte, aber nur schallende Heiterkeit erzielte. Im Schlußwort war es Gen. Dr. Graf ein Leichtes, die „Befürchtungen“ des Herrn Krischen zu widerlegen, der dann auch geknickt von dannen zog. — Die Versammlung wurde mit einem guten Erfolg für unsere Sache.

Großthiemig. Mangelhafte Schulverhältnisse. Seit Jahren redet man hier schon von dem Neubau einer Schule. Großthiemig, das ungefähr 250—280 Kinder zur Schule schickt, hat zur Zeit zwei Schulräume (Unterrichtsräume). In der alten Schule mußte vor mehreren Jahren der Schulbetrieb eingestellt werden. Nun soll eine neue Schule mit einem Unterrichtszimmer gebaut, oder vielmehr die alte Schule soll geflickt werden, damit sie den an sie zu stellenden Bedürfnissen „entspricht“. Dieses Flickwerk soll 185 000 Mark kosten. In 4—6 Jahren müßte man weiter flicken, was noch einmal 200 000 M. erfordern würde. Wenn man also bis zur nächsten Zukunft rechnet, so kommt ein Betrag von 385 000 M. in Betracht. Der sofortige Bau eines Schulhauses mit zwei Klassenzimmern (Unterrichtszimmern) nebst Wohnungen für die Lehrer würde ungefähr 300 000 M. erfordern. Außerdem könnte noch die alte Schule zu Wohnzwecken verkauft werden, was einen Preis von 10 000 M. bringen würde. Wären also die Kosten nur 290 000 M. für die 2-Klassen-Schule. Dies wäre in den vier Jahren eine Ersparnis von netto 70 000 M. Aber die rückschrittlichen Alten sind für die richtige Sparsamkeit nicht zu haben. Nur augenblicklich sparen, denn „nach uns die Sintflut“ scheint man hier zu denken. 250 Kinder werden jetzt täglich in zwei Unterrichtszimmern unterrichtet. Das dies ungesund ist, wird wohl von keiner Seite bestritten, aber daß auch drei Lehrer für 250 Kinder nicht ausreichen und die Erziehung und Durchbildung dieser Kinder nicht gerade gefördert wird, erkennen die „Alten“ nicht an. Unbedingt erforderlich ist für unsere Gemeinde eine Schule mit zwei Unterrichtszimmern und vier Lehrerstellen. Wir sind dies vor allem unseren Kindern schuldig.

Zahna. Versammlung der S. P. D. In der von der hiesigen Parteileitung am Sonnabend im Thüringer Hof abgehaltenen Versammlung referierte Gen. Albinus-Berlin über das Thema: Spa, Genf, Moskau. In 2stündiger klarer sachlicher Weise legte Redner der Versammlung die einzelnen Punkte auseinander, die aufmerksam und gespannt folgte. Vor allem den letzten Punkt würdigte Redner mit entsprechender Schärfe. Daß der Redner über die die Arbeiterbewegung zersplitternde und schädigende Tätigkeit der äußersten Linksparteien der Versammlung aus dem Herzen sprach, bewiesen die fortwährend aus der Versammlung heraus erfolgenden Zustimmungen. Trotz der scharfen Abrechnung mit den U. S. P.-Strategen, wagte es keiner der anwesenden hiesigen November-U. S. P.-Helden, dem Redner zu widersprechen, denn die weitaus größte Zahl scheinen von Partei- und Gewerkschaftsbewegung vor der Revolution nichts zu wissen. In der darauf folgenden Diskussion, in welcher der Vorsitzende Gen. Seidel scharf die Zahnaer Parteizersplitterer der U. S. P. angriff, die von der heutigen Versammlung durch Druck die Arbeiter fern hielt, forderte derselbe die anwesenden Gegner mehrmals vergeblich auf, sich doch zum Wort zu melden. Gen. Heising schilderte, wie vor 1½ Jahren in verräterischer Art unsere damals am Orte bestehende Organisation ohne Abstimmung der U. S. P. angegliedert wurde. Heute versucht man dasselbe Mannöver, den U. S. P.-Verein den Kommunisten zuzuführen. In einem Schlußwort forderte der Referent in eindringlicher Weise auf, sich der alten Partei anzuschließen.

Kelbra. Gründung eines Kreisverbandes der Obst- und Gartenbauvereine. Anläßlich der am Sonntag, den 10. Oktober, in Tilleda stattgefundenen Obst- und Gartenbauausstellung, wurde die Gründung eines Kreisverbandes, welchem die Obstbauvereine im Kreise Sangerhausen angehören sollen, beschlossen. Zu dieser Verhandlung waren die Vorstände der Vereine aus Roßla, Kelbra-Berga und Tilleda erschienen. Mit den Zwecken und Zielen eines Kreisverbandes können wir uns einverstanden erklären. Mit der Schädlungsbekämpfung und dem gemeinsamen Bezug der Bekämpfungsmittel sowie dem Ankauf von Düngemitteln sind für die Mitglieder der angeschlossenen Vereine große Vorteile verbunden. Auch fehlt im Kreise Sangerhausen eine tüchtige im Obstbaufach erfahrene Kraft., die Anstellung eines Kreisobstbeamten kann in Bezug mit Rücksicht auf die umfangreichen Kreisplantagen segensreich wirken, dieses wäre ein Ziel, was der Kreisverband mit in den Vordergrund seiner Tätigkeit stellen kann. Die Verhandlungen wurden von dem Vorsitzenden des Vereins Tilleda mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnet, das Andenken des in Kelbra verschiedenen Gutsbesitzers Demelius wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Postverwalter Liefeld-Kelbra erläuterte dann die Zwecke und Ziele eines Kreisverbandes. Ueber die Satzungen entstand eine rege Debatte. Dieselben wurden von einer Anzahl Redner, weil nur sämtliche Rechte dem Vorsitzenden allein übertragen waren, bekämpft. Entsprechende Aenderungen, welche eine bessere Vertretung der Mitglieder gewährleisten, wurden sofort angenommen. In nächster Zeit wird in Sangerhausen eine große öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher Herr Patluch-Halle einen dieses Thema umfassenden Vortrag halten wird. Es wurde ein vorläufiger Vorstand gewählt, welcher die Vorarbeiten in diesem Sinne zu erledigen hat.

Sangerhausen. Kartellsitzung. Das Kartell beschäftigte sich in seiner am Freitag abgehaltenen Sitzung zunächst mit der W. R. O. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß, wenn die W. R. O. von den Gewerkschaften resp. Kartellen finanziert werden sollen, letztere auf die ganze wirtschaftliche Räteorganisation verzichten können. In diesem Sinne wurde auch beschlossen. Beim Landrat soll beantragt werden, dem Kreisarbeitsnachweis nun endlich die schon lange versprochene paritätische Grundlage zu geben, damit man einmal Einblick in die Geschäftsführung nehmen kann. Beschlossen wurde ferner, daß zur nächsten Sitzung sämtliche Delegierte ihr Parteibuch mitzubringen haben, damit man sieht, wieviel noch nicht politisch organisiert sind. Die Bildung einer Arbeiter-Samariter-Kolonne soll in die Wege geleitet werden. Nach Bekanntgabe des Standes der Prozesse vom Kapp-Putsch gegen das Gewerkschaftskartell wurde die Sitzung um 11 Uhr geschlossen.

Lebensmittel-Kalender.

Städt. Verkauf von Graupen an Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen, ferner von Kerzen, Malzextrakt, Trockenei und Bratfett an alle Haushalte in der Talamtschule am Donnerstag. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 57 001—61 500 vorm. von 8—12 Uhr und 61 501—65 000 nachm. von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person der Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen 140 Gramm Graupen zum Preise von 20 Pf., an jeden Haushalt 4 Kerzen zum Preise von 4,50 Mark für 4 Stück, ferner an jede Person aller Haushalte 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4.30 Mark, 50 Gr. Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4 Mark und ½ Pfd. Bratfett zum Preise von 6 Mark für das halbe Pfund abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städt. Verkauf von Käse in der Talamtschule am Donnerstag. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 57 001—58 000 vormittags von 8—12 Uhr und nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mark abgegeben. — Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Kunsthonig. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Kunsthonig vom 14. bis 16. Okt. abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufes erfolgt später. Die Ablieferung der bei obiger Verteilung abzutrennenden Marken hat bis spätestens zum 1. November, zu Hunderten gebündelt, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 3. Obergeschoß, Zimmer Nr. 42, unter Angabe des Restbestandes zu geschehen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201013-16/fragment/page=0004

Der Parteitag der U.S.P.D.

Mit einem zarten piano fing gestern der große, revolutionäre Parteitag an. „Ihm schlummern noch im Zeitenschoße die dunklen und die heiteren Lose.“ Schwarzseher wollten wissen, man würde sich schon vorher die Schädel einschlagen. So schlimm ist es nun nicht gleich geworden, wenn sich die Musikmacher auch am Begrüßungsabend gerade nicht mit liebenden Blicken umfaßten. Auch am gestrigen Tage wurden noch eine Stunde lang die Instrumente gestimmt, und so lösten sich dann endlich um 11 Uhr statt um 10 Uhr die ersten holden Töne los. — Den Saal hat man geschmückt, das verlangt schon der Anstand, den auch ein Revolutionär besitzt. Marx und Lassalle hat man wohl aus denselben Gefühlen heraus im Restaurant unten hängen lassen. Vielleicht wären sie sonst bei dem Anhören der zu erwartenden Reden in Bedrängnis geraten und hätten sich umgedreht. Vielleicht schenten manche auch die strengen Augen der beiden. So ging unter starkem Andrang der Delegierten — manche kamen ungeladen — und des Publikums die Sache los. Doch dazu geben wir unserem Berichterstatter das Wort.

Der Tanz auf dem Vulkan.

Der Parteitag der Unabhängigen hat nun begonnen und ist sogar „ordnungsgemäß“ in die Tagesordnung eingetreten. Wenn man aber wegen dieser verhältnismäßig leichten Eröffnung der Tagung hofft, daß die Flammen des gegenseitigen Kampfes nun doch nicht über dem Parteitag zusammenschlagen werden und eine Spaltung vermieden werden kann, so ist das eine Trughoffnung. Denn wenn es nicht sofort mit der Eröffnung des Parteitages auch zur Spaltung gekommen ist, so liegt das nur an dem Umstand, daß ein Antrag des rechten Flügels, die Tagesordnung umzustoßen und den dritten Punkt (die Aufnahme in die dritte Internationale) an die erste Stelle der Tagesordnung zu setzen, abgelehnt wurde. Die Abstimmung über diesen Antrag war die erste, vorsichtige Kraftprobe der beiderseitigen Gruppen. Sie hat eine ziemlich bedeutende Ueberlegenheit der Anschlußfreunde gezeigt (251 gegen 174), denn diese stimmten geschlossen gegen den gestellten Vertagungsantrag. Die Moskauaner fühlten sich schon von vornherein als die Mächtigeren und ihr starres Festhalten an der bestehenden Tagesordnung mutete in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Angelegenheit für den ganzen Verlauf der Tagung an, wie das Spiel der Katze mit der Maus. Während man nach außen hin organisatorische Fragen behandelte und sich das Referat der Frau Zietz über den Bericht des Zentralvorstandes anhörte, zeigte sich bei der geringfügigsten Gelegenheit unter den Delegierten das fast nervöse Bestreben, für diese oder jene Gruppe Partei zu ergreifen. So zeigte sich selbst bei der Abstimmung über die geschäftsordnungsgemäße Frage der täglichen Verhandlungsdauer eine genau durch die Mitte der Saallinie verlaufene „Ja“- und „Nein“-Grenze. (Im Saale selbst sitzen die Gegner der Bedingungen geschlossen auf der Rechten, die Befürworter ebenso geschlossen auf der linken Seite.) Die ersten Reibungen ergaben sich, als das Ergebnis der Abstimmung angezweifelt und festgestellt wurde, daß die überhaupt in Betracht kommende Zahl der Delegierten mit dieser Abstimmung um 43 Stimmen überschritten wurde. Der gemeinsam mit Braß-Remscheid den Vorsitz führende Verhandlungsleiter Dittmann gab während dieser Vorfälle bekannt, daß ihm mitgeteilt wurde, daß sich die Kommunistenführer Dr. Levi, Rühle und Pfempfert während der Abstimmung im Tagungsraum befanden. Er forderte diese drei Kommunistenführer auf, den Saal zu verlassen. Schließlich „einigte“ man sich soweit, daß die Tagungsordnung dem Wunsche der Radikalen gemäß erledigt wurde. — Luise Zietz gab den Geschäftsbericht. Ihm ist zu entnehmen, daß die U. S. P. gegenwärtig auf dem Papier 893 923 Mitglieder zählt. Mitgliedsbeiträge wurden nur 397 251,57 Mk. abgeführt. Ganz besonders wurde Klage darüber erhoben, daß 14 Bezirke bisher noch „keinen roten Pfennig“ abgeführt haben. (Ob man diese Mitglieder auch zu den 893 923 gezählt hat?) Im übrigen verlas Frau Zietz eine dramatische Rede gegen die Gegner der U. S. P. und hieb dabei selbstverständlich mit allerlei Knalleffekten auf der S. P. D. herum. Indem sie die Haltung des unabhängigen Parteivorstandes während und nach dem Kapp-Putsch gegen die Angriffe der Koenen, Stoecker usw. verteidigte, stellte sie fest, daß Koenen selbst ein Rundschreiben herausgeben wollte, in dem er sagte, daß die Arbeiter in einzelnen Revieren zu weit gegangen seien. Auch Rich. Müller hätte damals keine Räterepublik gewollt. Eingehend auf die Taten der U. S. P. im Interesse der Internationale führte Frau Zietz als hervorragendes Beispiel den Aufruf an die Eisenbahner über die Kontrolle der Waffentransporte und die Verweigerung der Herstellung von Waffen an. Damit mußte sie gleichzeitig auch unsere praktische Arbeit für die solidarische Durchführung der Neutralität gegenüber Rußland anerkennen, denn auch unsere Partei unterzeichnete den betreffenden Aufruf. Trotzdem die Referentin sehr sachlich und allgemein gesprochen hatte, erhielt sie nur von der rechten Seite Beifall. Zu Punkt 2: Bericht der Kontrollkommission sprach Bock-Gotha. Auch er stellte fest, daß die Beitragszahlung sehr mangelhaft ist. Erst nachdem vom Vorstand darauf hingewiesen wurde, daß die Delegierten für den Parteitag nach der Zahl der abgelieferten Beiträge berechnet werden, gingen schlagartig 206 000 Mk. ein, während vorher nur 146 000 Mk. eingesandt wurden. (Ob man diese Gelder für die neue Moskaupartei aufsparen wollte?)

Zu erwähnen ist noch, daß von der linken Seite ein Aufruf des Moskauer Exekutivkomitees verbreitet wurde, in welchem die Aufnahmebedingungen in ihrer ganzen Schärfe nochmals klar umrissen wurden. Crispien bezeichnete diesen Aufruf in seiner Eröffnungsrede als ein Pamphlet und sprach von einer Hinterhältigkeit der Moskauanhänger, die diesen Aufruf bis jetzt verheimlichten. So wird die Verhandlung bis zum 3. Punkt „ruhig“ hinfließen und wenn die Angelegenheit nicht gar so ernst wäre, so könnte man über den Eiertanz lachen, der hier auf einem Vulkan ausgeführt wird und die ganze Tagung zu einer Komödie macht. Währenddes sitzen die Kommunistenhäuptlinge Levi, Rühle und Pfempfert über diesem Getriebe und werfen gewissermaßen ihre Schatten über den Verlauf der Handlungen. Ob sie den Triumph ihrer Arbeit hier am Ende der U. S. P. selbst mit erleben wollen? Oder ob sie das Arbeiten ihrer Unterbonzen Koenen, Däumig und Stoecker usw. an diesem wichtigen Tage persönlich überwachen wollen? Wir glauben beides! ✿

•

Die Eröffnungssitzung.

Gestern vormittag gegen 11 Uhr wurde im Saale des Volkspartes der U. S. P.-Parteitag durch eine Einleitungsrede des Parteivorsitzenden Crispien eröffnet. Er führte aus: Dem unabhängigen Parteitag der revolutionären Arbeiterschaft sind große Aufgaben gestellt. Oekonomisch hat der Kapitalismus abgewirtschaftet, politisch verfügt er noch über eine große Macht. Es muß die Aufgabe aller Proletarier sein, die Macht des Kapitalismus zu brechen und eine große Internationale aller Proletarier zu errichten. Der Parteitag war eigentlich erst für später vorgesehen, es liegt aber die Notwendigkeit vor, wenn wir überhaupt noch aktionsfähig bleiben wollen, zu der aufgeworfenen Frage über den Anschluß an die dritte Internationale Stellung zu nehmen. Wir müssen sowohl außenpolitisch als auch innenpolitisch Klarheit erlangen. Deshalb haben wir als Hauptpunkt auf unsere Tagesordnung die Kommunistische Internationale und die Aufgabebedingungen gesetzt. Nicht wir, sondern die russischen Kommunisten stellen die Frage, soll die unabhängige Partei bestehen bleiben oder soll sie aufgehen in die kommunistische Partei Deutschlands. In Punkt 17 der Aufnahmebedingungen heißt es: „Jede Partei, die der kommunistischen Internationale angehören will, hat den Namen zu tragen: Kommunistische Partei des und des Landes (Sektion der 3. Internationale). Und unter Punkt 16 wird deutlich gesagt: Alle Beschlüsse der Kongresse der kommunistischen Internationale, wie auch die Beschlüsse des Exekutivkomitees, sind für alle der kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Es kann also gar kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die unabhängige Partei auf Grund dieser Bedingungen aufgelöst werden soll. Ein neuer Beweis für die Hinterhältigkeit, womit in dieser Frage gegen uns vorgegangen wird, liegt darin, daß dem Zentralkomitee erst jetzt in dieser Minute ein Aufruf der Kommunistischen Internationale „An alle Mitglieder der U. S. P. Deutschlands“ unterschrieben vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, zugeht und darin sind eine ganze Reihe von neuen, klaren Erklärungen enthalten, die nur bestätigen, daß die U. S. P. Deutschlands bei der Annahme der Moskauer Bedingungen in die K. P. D. übergeführt werden soll. Wir werden hier keinerlei Vertuschungsmanöver dulden. Wir werden alles zurückweisen, was noch mehr Verwirrung in die Reihen des Proletariats bringen kann. Klar und deutlich werden wir zu entscheiden haben, ob die U. S. P. aus diesem Parteitag gefestigter und geschlossener denn je hervorgehen wird. In diesem Sinne erkläre ich den Parteitag als eröffnet.

Neben Sinowjew und Bucharin, deren Anwesenheit schon früher gemeldet wurde, sind eine ganze Reihe sozialistischer Vertreter auswärtiger Länder erschienen, unter anderem auch Longuet-Frankreich. Keine Delegation wird aber begrüßt, da niemand offiziell eingeladen ist.

Zu der Wahl des Büros erklärt Crispien weiter: Mit den Vertretern beider Richtungen ist eine Verständigung darüber erzielt worden, daß jede derselben einen Vorsitzenden stellt, ebenso die Schriftführer und daß auch sämtliche Kommissionen paritätisch zusammengesetzt werden. Dittmann und Braß-Remscheid werden als Vorsitzende gewählt. Als Schriftführer fungieren Dümell und Liebmann. Die Mandatsprüfungskommission setzt sich ebenfalls paritätisch zusammen. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Zentralleitung, Berichterstatterin Luise Zietz. 2. Bericht der Kontrollkommission, Berichterstatter Wilh. Bock. 3. Die Kommunistische Internationale und die Aufnahmebedingungen, Berichterstatter Crispien, Däumig, Dittmann, Streeker. 4. Neuwahl des Vorstandes usw.

Dittmann schlägt vor, die Tagesordnung so wie vom Zentralkomitee vorgeschlagen anzunehmen.

Fleißner-Leipzig: Alle anderen Punkte können nur verhandelt werden, wenn Punkt 3 erledigt ist. Deshalb beantrage ich Punkt 1 und 2 zurückzustellen und Punkt 3 zuerst zu verhandeln.

Adolf Hoffmann spricht sich dagegen aus und erklärt unter Lachen auf dem rechten Flügel, daß der Kassierer sich danach sehne, Entlastung zu erhalten, weshalb er bittet, die Tagesordnung wie vorgesehen, anzunehmen. Nachdem noch Dißmann für den Antrag Fleißner und Koenen dagegen gesprochen haben, wird abgestimmt. Für die Zurückstellung der ersten beiden Punkte der Tagesordnung werden 174 Stimmen, für die vorgesehene Tagesordnung 251 abgegeben. Damit ist dieselbe so angenommen, wie vom Zentralkomitee aufgestellt.

Da noch keine Mandatsprüfung vorgenommen ist, wird die Gültigkeit der Abstimmung vom rechten Flügel angezweifelt. Dr. Rosenfeld stellt fest, daß nur 382 Mandatsbesitzer anwesend sein dürfen, die Abstimmung aber 425 Stimmen ergeben habe. Trotzdem läßt man es auf Vorschlag des Vorsitzenden dabei bewenden.

Die Tagungszeit wird von 9—1 Uhr und von 3—7 Uhr festgesetzt.

Alsdann erhält das Wort zum

Bericht der Zentralleitung

Luise Zietz. In ihrem Referat geht sie in längeren Ausführungen auf die Politik der U. S. P. seit dem Leipziger Parteitage ein, insbesondere auf die unabhängige Agitation bei der Betriebsrätefrage, streift die Vorgänge bei der Demonstration vor dem Reichstage und geht dann zu einer breiten Schilderung des Verhaltens der U. S. P. während und nach dem Kapp-Putsch über. Dabei erklärt sie, daß man sich damals in der Zentrale darüber einig war, die Macht zur Ausrufung der Räterepublik noch nicht zu besitzen. Die Hälfte der Kommunisten hätte damals diese Meinung geteilt. Koenen hat in einem Zirkular zu jener Zeit sogar gesagt, die Arbeiter seien in einigen Revieren während des Kapp-Putsches zu weit gegangen. (Hört, hört auf der Rechten.) Betr. des Generalstreikes sagte sie ferner, daß die Zentrale der U. S. P. auf dem Standpunkt stand, daß es keinen Zweck gehabt hätte, denselben noch ein paar Tage künstlich zu verlängern, da dadurch die Gemeinsamkeit der proletarischen Aktion untergraben worden wäre. Zu der damals aufgeworfenen Frage des Eintritts der U. S. P. in die Regierung sagt die Rednerin weiter: Von uns aus ist dieser Kampf grundsätzlich geführt worden. Wir haben in den Vordergrund unserer Forderungen die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung gestellt. Wir haben ferner betont, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann durch die Wahlen, sondern durch die Erringung der politischen Macht. Wir haben uns zur Diktatur bekannt und immer gesagt, daß diese solange notwendig sei, bis alle Klassen aufgehoben worden sind. Unsere theoretische Auffassung darüber ist, daß die Regierung entweder bürgerlich oder sozialistisch sein kann.

Zum weiteren Bericht über die Organisationsverhältnisse führt sie weiter aus, daß die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder sich auf 893 923 belaufe, wovon 135 464 weibliche sind. Bedauerlich sei, daß 14 Bezirke bisher noch keinen Pfennig an Beiträgen abgeführt haben.

Zum Schluß ihres Referates geht sie noch auf den gemeinsamen Aufruf der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften ein, der die Neutralitätserklärung im russisch-polnischen Kriege enthält. Die K. P. D. hat dadurch, daß sie sich gegen diese einheitliche Aktion der Arbeiterklasse wandte, einen Keil in diese Einheit treiben wollen. Mit den üblichen aufmunternden Redewendungen beschließt Luise Zietz ihre Rede über den Vorstandsbericht, der nur von der rechten Opposition Beifall gezollt wird.

Den Bericht der Kontrollkommission gibt Wilh. Bock.

(Schluß der Vormittags-Sitzung.)

•

Bis in den Kern verfault.

Die Nachmittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung stand der Bericht des Zentralkomitees zur Debatte. Von Seiten der Koenen, Richard Müller, Stoecker und Genossen wurde der rechte Flügel der Zentralleitung in einer ganz ungestümen Art und Weise angegriffen. Crispien, Ludwig, Dißmann, Rosenfeld blieben die Antwort nicht schuldig und so kam es zu erregten Zusammenstößen der beiden Gruppen. Erst jetzt kann man ermessen, welch eine Kluft sich während der vergangenen Zeit durch diese Partei gezogen hat. Im Zentralvorstand fand diese Zerklüftung ihren prägnantesten Ausdruck. Ist es doch sogar vorgekommen, daß der eine der beiden Vorsitzenden (Däumig) den anderen (Crispien) von einer wichtigen Verhandlung mit einer fremden Organisation nicht unterrichtet hat und auf die gemachten Vorhaltungen erklärte, daß ihm sein anderer Vorstandskollege nicht vertrauenswürdig genug sei. So wurde dann in der Verhandlung Episode auf Episode aus der schweren Kampfzeit des Proletariats während des vergangenen Jahres aufgewickelt und dabei zeigte sich mit erschreckender Deutlichkeit, welch ein hilfloses Werkzeug die U. S. P. gegenüber dem Alleseind „Uneinigkeit“ gewesen ist. Erbitterte Kämpfe der führenden Männer der U. S. P. haben selbst während der wichtigsten Aktionen gegeneinander stattgefunden. Das ist besonders von den Tagen des Kapp-Putsches zu sagen.

Richard Müller rief am Schluß seiner, gegen den rechten Flügel des Vorstandes gemachten Ausführungen: „Eine Partei, die derartige Widersprüche in ihren eigenen Reihen duldet, die ist durch und durch verfault; sie ist morsch und muß zerfallen. So wie bisher kann und darf es in unserer Partei nicht weitergehen. Wir müssen uns von den Opportunisten frei machen.“

Crispien erklärte, auf Däumig und Koenen zeigend, daß leider jetzt noch in den leitenden Stellen der Partei Leute sitzen, die nie eine gerade Politik machen können.

„In den höchsten Stellen haben wir unfertige Elemente sitzen, die mit ihrer Unfähigkeit die Arbeiterschaft geschädigt haben“. Zu dem von der Galerie aus zischenden Kommunistenführer Levi gewendet, führte Crispien aus: „Gen. Levi, ich gratuliere Ihnen zu dem „Gewinn“, den Sie mit derartigen Leuten machen werden.“ Weiter betonte Crispien, daß, wenn man ihm Vorwürfe wegen der Rätefrage machen wolle, er dieselben an Müller und Genossen zurückweisen müsse, denn Richard Müller sei sich über „sein“ Rätesystem noch ebensowenig klar wie Däumig. Wenn diese beiden Rätemacher glaubten, daß sich mit ihrer Zusammenfassung aller Arbeiter, auch der Gelben und „Hirsch-“, eine Einigung des Proletariats erzielen lasse, so könne er sie nur bedauern.

Dißmann, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, bekundete, daß die U. S. P. während des letzten Jahres an keiner Stelle Ruhmesblätter geerntet hat. Schuld daran sei die Zerrissenheit der Partei. Weiter stellte er fest, daß wenn nicht der Allgemeine Gewerkschaftsbund und die „Afa“ während der Kapptage gewesen wären, das Proletariat diesen Putsch nicht so schnell hätte abwehren können. An verschiedenen Beispielen illustrierte er die fast hoffnungslose Zerrissenheit der Partei. Er wurde während seiner Rede ständig von den Moskauanhängern unterbrochen. Den dramatischen Höhepunkt erreichte seine Anklagerede gegen die Parteiunterwühler, als er seine Ausführungen damit schloß, daß während des vergangenen Jahres in der Zentrale nicht Kameradschaftlichkeit geherrscht, sondern die Treulosigkeit unter den führenden Genossen immer mehr Platz gegriffen und die ganze Bewegung vergiftet hat.

Auf die Vorwürfe gegen den Parteivorstand, betreffs der Durchführung einer bewaffneten Aktion eingehend, erklärte Rosenfeld, daß man bei dem Militärsachverständigen Däumig angefragt hat, ob eine derartige Aktion möglich sei. Dieser erklärte dazu, daß sie unmöglich ist. Auf die Vorhaltungen, daß er (Rosenfeld) doch auch früher zum linken Flügel gehörte, erklärte er, daß er eben die Dummheiten gewisser Leute nicht mehr mitmachen könne. Man müsse eine Grenze sehen, wo die Vernunft aufhört. Daß Koenen keine Führerqualifikation besitzt und Däumig ein unverbesserlicher Schaukelpolitiker ist, sei einem großen Teil der Parteigenossen schon längst bekannt.

Ein grelles Licht auf die Zustände in der U. S. P. warf ferner die Behauptung eines Redners, der erklärte, daß es noch eine sehr große Zahl Parteigenossen gibt, die heute noch nicht die 21 Moskauer Bedingungen kennen. (Wie mögen diese bei der Urwahl gestimmt haben? D. R.)

In der Mittwochsitzung wird Frau Zietz das Schlußwort zu ihrem Geschäftsbericht halten. Alles in Allem hat dieser eine Tag der Auseinandersetzung unter den Häuptern der U. S. P. gezeigt, welch ein fauler Kern von der immer so glänzend aufgeputzten Schale umschlossen wurde. Die U. S. P. war bisher keine Kampfpartei, denn dazu fehlte ihr die notwendige innere Geschlossenheit, sie war nichts mehr als eine schillernde Seifenblase, der ein großer Teil des Proletariats an Abgründen vorbei nachjagte. Seien wir zufrieden, daß die Arbeiterschaft dabei nicht noch größeren Schaden erlitten hat. Auf dem Parteitag in Halle ist und wird dieses hohle Gebilde nun zerstieben. Was wird übrig bleiben? Gestern war es nichts als Gestank. ✿

Die Kämpfe im Orient.

Rotterdam, 12. Okt. „Daily Mail“ erfährt aus Konstantinopel: Armenien werde an fünf Stellen durch türkische Aufständische und von einem türkisch-tatarisch-bolschewistischem Heer unter Muri, dem Bruder Enver Paschas, angegriffen; die Armenier hielten der Uebermacht stand, Georgien riehe Truppen zur Verteidigung von Batum zusammen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201013-16/fragment/page=0005

Aus dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 11. Oktober 1920. Dritter Tag.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats setzte am Montag seine Verhandlungen unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Müller fort.

Zunächst stimmte der Ausschuß den Beschlüssen des Kohlenausschusses zu. Entsprechend einem Antrage Kubuschhus ersuchte der Ausschuß die Regierung, durch sofort einzusetzende technische Kommissionen die Verhältnisse in den verschiedenen Bergrevieren und auf den einzelnen Werken prüfen zu lassen und auf eine Einführung aller eine Erhöhung der Förderung versprechende Aenderung zu dringen. Insbesondere ist zu prüfen, ob nicht durch Einlegung weiterer Förderschichten und eine bessere Organisition der Betriebe, die einen größeren Prozentsatz der Arbeiter an direkt produktive Arbeit bringt, höhere Förderziffern erreicht werden können.

Um den notwendigen Anreiz zur Bergarbeit zu schaffen und zu erhalten, auf ein richtiges Verhältnis zwischen den Löhnen der Bergarbeiter und denen der Arbeiter in anderen Industrien und Gewerben hinzuwirken.

Die Bergarbeiterbevölkerung so ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, daß sie die von ihnen gewünschte Arbeit auch leisten kann. Insbesondere ist auch eine rechtzeitige und ausreichende Belieferung (Einkellerung) mit Kartoffeln durchzuführen.

Die in den Tarifverträgen festgelegte Dauer der ordentlichen Schicht gesetzlich zu sichern und dadurch den Bergleuten die Befürchtung zu nehmen, man wolle ihnen auf dem Umwege über die Ueberschichten eine dauernde Verlängerung ihrer Schichtzeit aufzwingen.

Der weitere Ausbaudes Knappschaftswesens ist den Wünschen der Bergleute entsprechend mit möglichster Beschleunigung durchzuführen, insbesonders sind die Krankengelder und Pensionen den heutigen Geldwerten anzupassen.

Darauf beschäftigte sich der Ausschuß mit der Not der produktiven Stände.

Willkommen, frische Kampfgesellen...

Von Theodor Thomas, Frankfurt a. M.

Die 1500 Teilnehmer am Rätekongreß in der „Neuen Welt" in der Hasenheide werden nun wieder zerstreut im Lande sein, um in der Heimat von den Eindrücken und Beschlüssen in Berlin zu berichten. Werden sie von dem Ergebnis befriedigt sein? Wir, die wir schon viele ähnliche Tagungen hinter uns haben, müssen sagen: Der Kongreß hat seine Aufgaben erfüllt trotzalledem. Zwar sah es am ersten Tage zeitweilig so aus, als ob die Gefahr bestünde, daß er die Hauptzeit in fruchtlosen Diskussionen verträdeln wolle, aber immer noch zu rechter Zeit lenkte die Mehrheit ein, des großen Zieles bewußt. Ob es richtig war, eine solche große Zahl von Delegierten zu berufen, mag dahingestellt bleiben. Man wird in Zukunft wohl dahin kommen müssen, die Betriebsräte bezirksweise beraten zu lassen und aus den Bezirken dann den Hauptkongreß beschicken zu lassen. Denn ein Parlament von 1000—1500 Abgeordneten ist des Guten entschieden zu viel. Auch ist darüber zu streiten, ob dafür Berlin der geeignete Boden ist. Allen Respekt vor Berlin, aber es gibt hundertmal geeignetere Orte als die Reichshauptstadt. Darüber sollen sich Berufenere den Kopf zerbrechen. Jedenfalls, der Zweck des Kongresses ist erreicht worden. Die auf ihm vertretene Opposition hat zwar nach allen Regeln der Kunst versucht, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen, aber schließlich mußte sie doch einsehen, daß die Vernunft hier Sieger bleiben wird. Bereits am zweiten Tage pfiff sie ihre Wortführer zurück, und einigen besonders „geschickten" hat man sogar wegen ihrer Tolpatschigkeit recht derb die Meinung gesagt. Sie beschränkten sich am Schluß auf parlamentarische Geplogenheiten. Sie taten gut daran, nur damit erreichten sie, daß ihnen zum dritten Punkt ein Korreferat bewilligt wurde.

Die zwei Referate von Wissell und Hilferding wurden lautlos, mit größter Spannung entgegengenommen, beide erfreuten sich eines tiefbewegten Hauses. Ihre Reden sind inzwischen bekannt geworden, wir wollen sie nicht wiederholen.

Merkwürdig ist folgendes, was nicht verschwiegen werden darf: Aus der großen Körperschaft, die hier versammelt war, trat nach den beiden Vorträgen eigentlich keiner, auch nicht von der Opposition, auf, der neue, eigenartige, schöpferische Gedanken vorgetragen hätte. Vielleicht mag es daran liegen, daß viele zum erstenmal auf einer solchen Tagung waren. Aber der Chronist muß es festhalten: aus der Riesenzahl von Werkmännern, die hier aus Fabrik und Werkstatt die Stimmung beherrschten, war auch nicht einer, den man als denMann bezeichnen könnte, der nun die Rätefrage gelöst hätte, oder bessere Wege zeigen konnte, als es die „Bonzen" getan haben, die doch so verlästert werden. Das ist deshalb interessant, weil man immer behauptet, die Gewerkschafter führten die Betriebsräte in den Sumpf. Keiner, der einen besseren Weg wußte, keiner. Es war recht hübsch, was geredet wurde, viel guter Wille war zweifellos dabei, edles Streben überall, aber wer bedenkt: Alle Macht den Räten, der mußte sich doch sagen: Wieviel brauchen wir noch Bildung und Wissen, Schule und Schliff, ehe wir so weit sind. Es hilft dem nichts, der nur die Macht hat, wenn er sie nicht zu benutzen weiß. Nur die Personen wechseln? Damit ist uns nicht geholfen. Andererseits: Wer diese tausend Männer der schaffenden Arbeit sah, mußte bekennen: Daraus kann etwas entstehen, das sind Kräfte, die, wenn sie nur die nötige Schulung haben, wohl ihren Platz ausfüllen. Darauf kommt es an: Die Grenzen unserer Wirksamkeit zu erkennen und zu formen.

Das soll keine Zurücksetzung sein. Woher hätten unsere Arbeiter es besser lernen sollen. Haben wir nicht alle die elenden Schulen, die unvollkommene Ausbildung gehabt? Aber gerade deswegen sagen wir: Erst Sozialisierung der Menschen: Sozialismus darf nicht nur um uns, er muß erst recht in uns sein. Nur dann kommt, was wir haben müssen: Gemeinsinn, Idealismus, Persönlichkeitswert, Sinn für das Ganze. Das gilt für alle, auch für die Opposition, die allerdings während der Kongreßtage den Mangel an Wissen durch Lungenkraft ergänzen wollte. Aber was im oberen Kopfe fehlt, ersetzt man nicht durch den Kehlkopf, selbst eine Stimme von 20 Pferdekräften bringt nicht einen vernünftigen Gedanken, erst recht bringt ihn keine Trillerpfeife, die auch einmal ertönte.

Ein Wort über die Berliner Arbeitslosen. Sie terrorisierten den Kongreß. Wir werden den Mittwoch mittag nicht vergessen, wo wir den Saal verließen und Spießruten liefen zwischen ihnen. „Lügner, Verräter" nannten sie die Männer aus der Werkstatt. Wenn sie sich so aufgestellt hätten vor dem Kongreßsaal der Schwerindustriellen, würden wir das zwar auch nicht taktvoll, jedoch begreiflich finden. Aber vor ihren Genossen? Ihren besten Freunden boten sie dies Schauspiel. Wer ein Herz hat, mußte sich abwenden, mußte innerlich weinen. So weit ist es gekommen. . . . Die Not, das Elend kann einen Menschen freilich zur Verzweiflung treiben, wenn dann noch ein klein wenig gehobrt wird, ist der Mensch zu allem fähig. Deshalb löschen wir dies trübe Bild aus; vergeben und vergessen.

Die Referate von Dißmann, Nörpel, sowie des Korreferenten Brandler brachten neben dem geschäftlichen Teil eine große prinzipielle Auseinandersetzung. Wir haben das Gefühl, daß Dißmann seinen guten Tag hatte, er stand mit beiden Füßen auf altem Mutterboden, das gab ihm einen guten Rückhalt. Wohl zehnmal betonte er die Einigkeit des Proletariats. Das kann gerade jetzt gar nicht oft genug betont werden. Brandler blieb sehr sachlich, aber er kämpfte für einen verlorenen Posten. Wenn auch sein Ziel edl und gut ist, wir können die Arbeiter nicht auf eine ferne Zukunft vertrösten. Darauf kommen aber Brandlers Vorschläge hinaus.

Der Kongreß entschied sich mit starker Mehrheit für Dißmann — für die Vorschläge des Gewerkschaftsbundes im Aufbau der Betriebsräte. Auch sonst wurden noch viel Anträge angenommen, die der Bundesvorstand erst einmal sichten muß. Sie zu besprechen, ist unmöglich. Genug: der Gewerkschaftsgedanke hat glänzend gesiegt, das werden die deutschen Arbeiter dem Kongreß noch einmal danken.

Die Bahn ist nun frei für weitere Arbeit. Der Kampfboden ist fundamentiert. Wir wollen mit Macht an die Verbesserung des Betriebsrätegesetzes gehen, darüber hinaus aber unsere Position stärken, um mit kühnem Schwung die Grenzen zu überfliegen, die uns heute noch gezogen werden. Unsere Zukunft ist der Sozialismus, das hat auch der Betriebsrätekongreß stark zum Ausdruck gebracht. Wir dürfen zusammenfassend bekennen: Die Tage vom 5.—7. Oktober haben einen neuen Eckstein eingefügt in das stolze Gebäude unserer Arbeiterbewegung, die Betriebsräte werden von der anderen Seite her mit uns die Wirtschaft umbauen helfen. In diesem Sinne: Vorwärts, mit uns, ihr frischen Kampfesbrüder!

Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Von G. Werner (Mitglied der Sozialisierungskommission).

In Berlin haben am 29. September 1920 die deutschen Bergbauvereine getagt. Im Mittelpunkt der Beratung stand der Bericht der Sozialisierungskommission über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Das Ergebnis der Beratung wurde in einer einstimmig gefaßten Entschließung in acht einzelnen Leitsätzen niedergelegt. Diese sind nachstehend mit einigen Anmerkungen wiedergegeben:

1. Die Vorschläge der Sozialisierungskommission schalten die Initiative des Unternehmers aus, die den deutschen Kohlenbergbau auf seine Höhe gebracht hat.

Dieser Satz enthält eine Feststellung, die man unwidersprochen lassen kann. Die Sozialisierung bedeutet wirklich die Ausschaltung des Unternehmertums.

2. Die Vorschläge sehen die Schaffung einer neuen bürokratischen Zwangsorganisation vor, die abhängig von parlamentarischen Körperschaften starre Etatisierung bringt. Die guten Grundsätze für die Besetzung der Aemter und der Wagemut der leitenden Personen müssen darunter leiden.

Die Vorschläge der Sozialisierungskommission sahen wohl eine Zwangsorganisation vor, die aber alles andere wie bürokratisch verwaltet werden soll und die eine starre Etatisierung entschieden ablehnt. Die Unternehmer haben sich in ihrer Versammlung, wie es scheint, einen Popanz aufgestellt, gegen den sie losschlagen. Im zweiten Satz sagen sie: „Die guten Grundsätze für die Besetzung der Aemter und der Wagemut der leitenden Personen müssen darunter leiden." Darüber gehen die Ansichten auseinander. Die Grundsätze für die Besetzung der Aemter, die bisher galten, waren ganz verschiedene. Manche Unternehmer liebten rücksichtslose Herrenmenschen als Leiter, die ein Unglück für ihre Untergebenen waren und namenloses Elend verschuldeten, deren Leistungen aber auch sehr viel zu wünschen übrig ließen. In Zukunft wird man vor allen Dingen Leute heranziehen, die sich der Psyche des Arbeitnehmers anpassen können und denen in technischer Hinsicht die allergrößte Freiheit gelassen wird. Diese Grundsätze sind nach Ansicht aller Schichten so gut wie die bisherigen. Die gesamte Arbeitnehmerschaft wird sie aber für die besseren halten. Wenn gesagt wird, der Wagemut der leitenden Personen werde darunter leiden, so ist das weiter nichts als eine Redensart. Wahrscheinlich werden die leitenden Personen in Zukunft mehr wagen im Interesse der Allgemeinheit, als sie es bisher für den Unternehmer getan haben, dessen Gewinninteressen sehr oft einer Verbesserung der Betriebseinrichtungen entgegenstanden. Es sei nur an die Abhängigkeit mancher Bergwerke von Maschinenfabriken, Sprengstoffirmen usw. erinnert. Geschäftsinteressen gingen sehr oft über technische Wirtschaftlichkeit. Dem Wagemut der Bergwerksdirektoren war außerdem im Bergwerksbetriebe eine sehr scharfe Grenze gesetzt, weil im technischen Betrieb des Bergbaues grundlegende Umänderungen kaum noch stattfänden. Der Betrieb ist nämlich dann am leistungsfähigsten, wenn der Direktor mit seinen sämtlichen Betriebsbeamten sich eingehend über alle Betriebsmaßnahmen ausspricht und den alten Praktikern den Willen läßt.

3. Es ist unmöglich, daß ein Reichskohlendirektorium in Berlin die annähernd 1000 Bergbaubetriebe Deutschlands zentralistisch mit Erfolg für die Volksgemeinschaft leiten kann. Das Direktionsprinzip hat einst den preußischen Bergbau verkümmern lassen, bis erst im Jahre 1866 mit Einführung des preußischen freiheitlichen Berggesetzes und nach Beseitigung jenes Direktionsprinzipes privater Wagemut den deutschen Bergbau zu glänzender Entwicklung führen konnte.

Das Reichskohlendirektorium soll nicht den Betrieb leiten, denn das soll durch die weitestgehende Selbstverwaltung der einzelnen Werke und Generaldirektionen erreicht werden. Das Reichskohlendirektorium ist als das Gehirn des Bergbaues gedacht, das sich nur um jene Dinge kümmern soll, die in den unteren Körpern nicht erledigt werden können und die zentralistisch geregelt werden müssen. Der Vergleich mit dem Direktionsprinzip im preußischen Bergbau besagt nichts, denn nach diesem würde alles autokratisch geleitet, während der sozialisierte Bergbau den demokratischen Gedanken und die Selbstverwaltung in den Vordergrund stellt. Wenn man wirklich eine frühere Zeit der preußischen Geschichte heranziehen will, soll man sich an die Einführung der Selbstverwaltung der Städte unter Freiherrn von Stein erinnern, die ein ähnlicher Schritt wie die Sozialisierung des Kohlenbergbaues war und die kein Fehlschlag gewesen ist.

4. Daß in einer Wirtschaftsform, wie sie von der Sozialisierungskommission vorgeschlagen wird, bei den Arbeitern die Leistungsfreudigkeit und das Gefühl der Verantwortung für die Allgemeinheit gehoben werden, wird durch die bisherigen Erfahrungen (Eisenbahn, Post, Staatswerkstätten) nicht bewiesen.

Die Bergwerksunternehmer setzen Eisenbahn, Post- und Staatswerkstätten dem sozialisierten Bergbau gleich, dabei lehnt es der Sozialisierungsvorschlag vollständig ab, eine Verstaatlichung der Werke herbeizuführen, sondern er verlangt sogar, die fiskalischen Werke in die neue sozialisierte Betriebsform überzuführen. Die Unternehmer arbeiten hier mit einer Unterstellung, um Gegengründe vorbringen zu können.

5. Der Unternehmergewinn im Kohlenbergbau wird bei weitem unterschätzt. Billiger als der Unternehmer wird keine Organisation arbeiten.

Die Ueber- und Unterschätzung des Unternehmergewinnes im Kohlenbergbau spielt für die Sozialisierung gar keine Rolle. Die Gründe, die für die Sozialisierung maßgebend sind und auf die in der Entschließung der deutschen Bergbauvereine nicht eingegangen ist, sind vor allen Dingen folgende: die Macht, die der Besitz der Kohlenschätze verleiht, soll nicht der Unternehmer behalten, sondern sie soll dem Staate, d. h. der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Zweitens soll die Arbeitnehmerschaft das Gefühl bekommen, im eigenen Betriebe tätig zu sein, indem sie mitbestimmend auf die technischen Verhältnisse einwirkt. Die Behauptung, billiger als der Unternehmer wird keine Organisation arbeiten, trifft nicht zu. Die technischen Angestellten des Ruhrbergbaues sind z. B. anderer Meinung. Sie glauben, auf einer ganzen Reihe von Anlagen wird bei verständigem Hand-in-Hand-Arbeiten eine bessere Leistung pro Mann und Schicht erzielt werden. Die bessere Leistung pro Mann und Schicht bedeutet aber im Bergbau die größtmöglichsten billigsten Selbstkosten.

6. Im Gegenteil, die Erzeugung wird geringer, die Selbstkosten werden höher werden. Die Verbraucher und die Arbeiter müssen die Kosten eines Experimentes tragen, das für die deutsche Wirtschaft besonders jetzt verhängnisvoll sein würde.

Sich über diese Fragen mit den Unternehmern herumstreiten, wäre ganz zwecklos. Hier steht Ansicht gegen Ansicht, und die maßgebenden technischen Angestellten des Bergbaues, die sich gerade über Leistung pro Mann und Schicht und Selbstkosten sehr genau auskennen, sind entgegengesetzter Meinung. Da im Betrieb selbst die Sozialisierung keine Aenderung mit sich bringt, sondern vor allen Dingen ein größeres Vertrauen in der Arbeiterschaft hervorrufen wird, wodurch manche unnötigen Differenzen vermieden werden, tritt das Gegenteil von dem ein, was die Unternehmer befürchten. Es tritt eine Beruhigung ein, die für die deutsche Wirtschaft von außerordentlichem Nutz n sein wird, denn sie allein kann einen Zusammenbruch verhüten, bei den es sich für die Arbeitgeber noch um ganz andere Dinge als die Ausschaltung im Bergbau handeln würde.

7. Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues muß aber auch sehr bald die weiterverarbeitenden Industrien in ihren verderblichen Strudel ziehen und eine Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft, die nur durch Anspannung aller wertvollen und freien Kräfte des privaten Unternehmertums möglich ist, vereiteln.

Daß die Sozialisierung weitergreifen wird, sobald sie im Bergbau festen Fuß gefaßt hat, hoffen auch wir. Wir glauben nur nicht, daß dieser Strudel verderblich ist, sondern daß er eine Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft auf anderen und besseren Boden ermöglicht. Das freie Spiel der Kräfte des Unternehmertums, welches durch den krassesten Egoismus außerordentlich viel dazu beigetragen hat, unsere heutigen unhaltbaren Wirtschaftsverhältnisse herbeizuführen, kann eben nur durch ein n planmäßigen Neubau unserer Wirtschaft in gemeinwirtschaftlichem Sinne ermöglicht werden.

8. Aus diesem Grunde lehnen die deutschen Bergbauvereine die Vorschläge der Sozialisierungskommission unbedingt ab. Die weiteren Beratungen im Reichskohlenrat und Reichswirtschaftsrat werden den Bergbauunternehmern, die in der Sozialisierungskommission nicht mit einem einzigen Mitgliede vertreten waren, Gelegenheit geben, ihre Stellungnahme zu begründen. Der Bergbau wird jeden Weg beschreiten, bei dem eine Steigerung der Erzeugung und eine Senkung der Selbstkosten erreicht wird.

Die Unternehmer lehnen die Sozialisierung unbedingt ab; etwas anderes ist auch nicht erwartet worden. Die weiteren Beratungen im Reichskohlenrat und im Reichswirtschaftsrat werden die Unternehmer auch nicht zum Eintreten für die Sozialisierung veranlassen. Dort wird es darum gehen, jene Kreise für unsere Ansichten zu gewinnen, die sich noch kein klares Bild über die Sozialisierung des Bergbaues machen können und die noch solche Ansichten hegen, wie sie von den Unternehmern in diesen acht Sätzen vorgebracht werden. Die Unternehmer haben sich die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und die Vorschläge der Sozialisierungskommission in ihrem Sinne zurechtgelegt und Fiskalismus und Bürokratie an die Stelle weitestgehender Selbstverwaltung gesetzt. Sie sehen statt Dezentralisation nur Zentralisation und wollen nicht wissen, daß gerade die Vorschläge der Sozialisierungskommission diese Fehler des heutigen fiskalischen Zustandes ablehnen und besseres an seine Stelle setzen wollen.

Aus aller Welt.

Großfeuer auf einem Dampfer.

Hamburg, 12. Okt. Auf dem auf der Vulkanwerft liegenden Dampfer „Viktoria Luise" (Hamburg-Amerika-Linie), Raumgehalt 15 000 Tonnen, brach gegen Mitternacht Großfeuer aus. Die Hamburger Feuerwehr wurde mit vier Zügen zur Hilfeleistung herbeigerufen, weitere Nachrichten fehlen noch.

Explosion in den Skodawerken.

Pilsen, 12. Okt. In den Skodawerken explodierte heute ein unter altes Eisen geratenes Stück Rohr, welches mit Dynamit gefüllt war, wobei ein Arbeiter getötet, drei schwer und drei leicht verletzt wurden.

Vom irischen Nationalkampf.

London, 12. Okt. (Reuter.) Zwei Gendarmen wurden heute früh zwischen Roscommon und Ballaghaereen erschossen, einige andere schwer verwundet. Heute früh kam es auch in Dublin zu einer Schießerei. Ein Offizier und ein Zivilist wurden getötet.

Hungersnot in China.

London, 12. Okt. Man meldet der „Times" aus Peking: Aus den Hungersnotgebieten kommen entsetzliche Nachrichten. Die Not steigt. Wenn binnen kurzer Zeit keine Hilfe kommt, werden Tausende von Menschen umkommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201013-16/fragment/page=0006

Reil-Stuttgart: Unser Austritt aus der Reichsregierung hat natürlich schwere Schattenseiten gehabt. Seit dem Amtsantritt des Schatzministers v. Raumer sind alle Kräfte seines Ministeriums darauf eingestellt, die Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie in ihr Gegenteil umzukehren, da er der Privatelektrizitätsindustrie nahesteht und auf diesem Gebiete zu sehr Fachminister ist. (Heiterkeit.) Die Fraktion wird zu gegebener Zeit Herrn v. Raumer das Handwerk legen müssen. Das gesamte Finanzproblem können wir aus eigener Kraft nicht lösen, dazu gehören internationale Vereinbarungen, die den Notenumlauf durch internationale Anleihen konsolidieren und unseren Goldkurs stabilisieren. Unsere Einfuhr muß aufs äußerste beschränkt, die Ausfuhr gesteigert werden. Notwendig ist ferner eine scharf gestaffelte Aufwandsteuer, denn es ist unerträglich, daß eine kleine Oberschicht das Zwanzig-, Dreißig- oder Fünfzigfache für den eigenen Verbrauch beansprucht, von dem, was der großen Masse zusteht. Die Grundrisse der direkten Reichssteuern entsprechen unseren Anschauungen, aber die Durchführung läßt auf Schritt und Tritt zu wünschen übrig. Die Parteiorganisationen haben die wichtige Aufgabe, Belehrungen und Aufklärungen über die Steuergesetzgebung in den Kreisen unserer Anhänger zu verbreiten.

Leuteritz-Hamburg: Wir müssen alles tun, daß endlich unsere Kriegsgefangenen aus Sibirien zurückkehren. Auf den Hamburger Werften spielt die Klassenfrage eine große Rolle, da sich die Arbeiter weigern, Schiffe vom Stapel zu lassen mit den Farben der Kapp-Lüttwitz. Die Farben der Deutschen Republik müssen weben, damit alle Menschen sehen, daß sie lebt, trotz Reaktion und Hakenkreuz.

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt. Der Vorsitzende Scheidemann teilt mit, daß die Nachricht vom Tode Hirschfelds falsch ist. — Es sind noch eine Reihe weiterer Begrüßungstelegramme eingetroffen.

Schwierigkeiten im deutsch-holländischen Kreditabkommen.

WTB. Rotterdam, 12. Okt. Der „Nieuwe Rotterd. Courant" schreibt, wie wir erfahren, ist bezüglich des deutsch-niederländischen Kreditvertrages eine neue Schwierigkeit eingetreten. Bekanntlich wird in dem Vertrag der deutschen Bergwerksgesellschaft das Recht zugesichert, Steinkohlen gegen Zahlung der halben Ausfuhrprämie auszuführen. Frankreich sieht darin eine Begünstigungsklausel, welche nach dem Vertrage von Versailles, wenn sie angewendet würde, auch den französischen Interessenten zugestanden werden müßte. Der „Nieuwe Rotterd. Courant" glaubt zu wissen, daß man in holländischen Kreisen hofft, daß für diese Frage eine befriedigende Lösung gefunden wird.

Amsterdam, 12. Oktober. Zu der Meldung des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" von neuen Schwierigkeiten hinsichtlich des deutsch-holländischen Kreditabkommens infolge der Haltung des Wiedergutmachungsausschusses bemerkt „Algemeen Handelsblad": Die niederländische Regierung sieht darin, daß eine von der ihrigen abweichende Auffassung zur Sprache gekommen ist, keine Schwierigkeit, die der Ratifikation des Vertrages entgegenzustehen brauchte. Wir glauben auch zu wissen, daß die Ratifikation nicht mehr lange auf sich wird warten lassen.

Die Abstimmung in Kärnten.

Wien, 12. Okt. Wenn auch das amtliche Ergebnis der Abstimmung in Kärnten noch nicht vorliegt, so gibt doch die gesamte Presse ihrer großen Freude Ausdruck über den Sieg, den nach den vorläufigen Berechnungen des Heimatdienstes die deutsche Bevölkerung unzweifelhaft errungen habe. Nach den neuesten Berichten aus Kärnten ist dort aber einige Beunruhigung über die Verschiebung der amtlichen Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses auf Mittwoch oder Donnerstag eingetreten. Die Gründe hierfür seien nicht recht zu erkennen. Es seien auch aus der Zone A Mitteilungen über das Wiederauftreten der südslawischen Prügelbanden gekommen.

Ein neues Kapitalfluchtgesetz.

WTB. Berlin, 12. Okt. Die Vorlegung des neuen Gesetzes gegen die Kapitalflucht ist veranlaßt durch die Tatsache, daß das bisherige Gesetz am 1. Oktober außer Kraft getreten ist. Man hatte bei der Festsetzung dieses kurzen Termins angenommen, daß die Vorlegung der hauptsächlichsten neuen Steuern bis dahin abgeschlossen sein werde. Diese Voraussetzung ist nicht eingetreten, und es müssen die Abwehrmaßnahmen gegen die Kapitalflucht aufrecht erhalten werden. Das neue Gesetz faßt die in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen zerstreuten Vorschriften dieser Art zusammen.

Vom Berliner Zeitungsstreik.

Die Situation im Zeitungsgewerbe ist weiterhin unverändert. Das Reichsarbeitsministerium ist auf das eifrigste bestrebt, den Konflikt beizulegen. Es wird sich bemühen, so schnell wie irgend möglich neue Verhandlungen zwischen den beiden Parteien anzubahnen. Mit der Leitung dieser neuen Verhandlungen ist Professor Dr. Brahm beauftragt worden, der es sich angelegen sein läßt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne Verzug an den Verhandlungstisch zu bringen. Da mit Sicherheit angenommen werden darf, daß beide Parteien der entsprechenden Aufforderung des Reichsarbeitsministeriums Folge leisten werden, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die neuen Einigungsverhandlungen schon am heutigen Mittwoch stattfinden.

Novelle zum Beamtenbesoldungsgesetz.

Der „D. Allgem. Ztg." zufolge ist nunmehr die schon seit längerer Zeit angekündigte Novelle zum Beamtenbesoldungsgesetz dem Reichstag zugegangen, die die Hinaufsetzung einer Anzahl von Beamtengruppen in eine höhere Besoldungsgruppe vorsieht.

Rückerstattung der Wirtschaftsbeihilfen.

Berlin, 12. Okt. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Erstattung der von den Ländern und Gemeinden den Beamten in den besetzten Gebieten gezahlten Wirtschaftsbeihilfen zugegangen.

Ausweisung der russischen Gewerkschaftsdelegation.

Nach der „Roten Fahne" hat das Auswärtige Amt die russische Gewerkschaftskommission, die an dem Betriebsrätekongreß teilgenommen hat, aufgefordert, bis zum Donnerstag dieser Woche Deutschland zu verlassen, da die ihr gewährte Aufenthaltsfrist von einem Monat abgelaufen ist. Gleichzeitig hat die Regierung der Delegation für die letzten Tage ihres Aufenthaltes das Auftreten und Sprechen in Arbeiterversammlungen verboten. Die Russen hatten, wie das Kommunistenblatt ganz naiv feststellt, gar nicht daran gedacht, sich an die ihnen gestellte Frist zu kehren, sondern hatten vielmehr mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Kommission zur Erörterung und Herstellung wirtschaftlicher Verbindungen zwi-

DA. Berlin, 12. Okt. Zu der von der „Freiheit" und „Roten Fahne" behaupteten Ausweisung der russischen Gewerkschaftsvertreter aus Deutschland teilt das Auswärtige Amt mit, daß es sich keinesfalls um eine Ausweisung handle. Im Gegenteil sei dem Führer der russischen Gewerkschaftsabordnung, Losowsky, auf sein Ansuchen seitens des Auswärtigen Amtes die Aufenthaltsbewilligung um weitere fünf Tage verlängert worden, damit Losowsky seine Pässe für die Reise nach Italien, wohin er von hier aus zu gehen gedenke, in Ruhe ordnungsmäßig visieren lassen könne. Wohl aber sei Losowsky seitens der amtlichen Stellen darauf aufmerksam gemacht worden, daß er die Einreise-Erlaubnis nach Deutschland nur erhalten habe zu Zwecken der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Information. Er habe aber über diesen ihm gesteckten Rahmen hinaus als politischer Redner wiederholt in Versammlungen Stellung genommen und damit die Bedingungen, unter denen ihm die Einreise gewährt wurde, verletzt.

Internationaler Kongreß der Vereinigung für den Völkerbund.

Mailand, 12. Okt. („Agenzia Stefani".) Am Dienstag nachmittag eröffnete der Präsident des organischen Komitees, Senator Ruffini, die erste Sitzung des Internationalen Kongresses der Vereinigung für den Völkerbund. Auf dem Kongreß sind vertreten: Italien, Frankreich, Belgien, England, Spanien, Japan, China, Norwegen, Polen, Rumänien, die Schweiz, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Portugal. Der Minister des Äußern, Graf Sforza, begrüßte die Versammlung im Namen der italienischen Regierung und des italienischen Volkes, die beide dem Kongreß vollen Erfolg wünschten. Namens der übrigen Völker antwortete Delegierte von Belgien, Frankreich und England, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Vor Genf eine Konferenz in Köln.

London, 12. Oktober. Reuter glaubt zu wissen, daß die durch Lord Derby übermittelten Pläne mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten Frankreichs, die Politik von Spa in Genf fortzusetzen, eine Vorkonferenz in Köln vorsehen, zu der auch deutsche Sachverständige zugezogen und in der die technischen Fragen geprüft werden sollen.

Die italienischen Sozialisten bleiben selbständig.

Reggio in der Emilia, 12. Okt. Die Vereinigung für Zusammenschluß der Sozialisten hat zum Schluß ihrer Tagung eine Entschließung Baldesi angenommen, welche sich gegen eine Spaltung der Partei ausspricht, ihre Selbständigkeit gegenüber der dritten Internationale betont, den Ausschluß der Gruppen der Anarchisten und Syndikalisten aus der Internationale fordert, ferner betont, daß eine Revolution nach russischer Art zum völligen Scheitern bestimmt sei, und somit schließt, die Partei dürfe nicht darauf verzichten, zur Macht zu gelangen.

Deutsche verweigern in Tschechien den Heeresdienst.

Prag, 12. Okt. Wie das „Prager Tagblatt" meldet, verlangten die deutschen Rekruten in Jägerndorf von der dortigen politischen Behörde die Zusicherung, daß sie in einer heimatlichen Garnison einrücken und rein deutschen Formationen unter deutschem Kommando und deutscher Dienstsprache eingereiht werden. Da sich die Bezirkshauptmannschaft in dieser Angelegenheit für nicht zuständig erklärt hatte, beschlossen die Rekruten, sich am heutigen Einrückungstage nicht zu stellen; ebenso haben die Rekruten von Freiwaldau beschlossen, nicht einzurücken.

Russischer Heeresbericht.

Moskau, 10. Okt. (Funkspruch.) Operationsbericht der russischen Sowjetrepublik vom 10. Oktober 1920.

Westfront: Im Abschnitt Olewsk sind hartnäckige Kämpfe mit wechselndem Erfolge im Gange.

10 Werst östlich von Nowograd-Wolhynsk besetzten wir eine Reihe von Ortschaften.

Im Abschnitt Nowaja—Ushiza sind hartnäckige Kämpfe mit wechselndem Erfolge im Gange.

Südfront: Im Abschnitt Alexandrowsk dauern die hartnäckigen Kämpfe mit dem Gegner, der auf das rechte Ufer des Dnjepr übergesetzt ist, weiter an.

Bergarbeiterbeschlüsse in England und Belgien.

Paris, 12. Oktober. Nach einer Meldung der „Humanité" aus London ist über die Abstimmung der Bergarbeiter bisher bekannt geworden, daß die Bergarbeiter von Süd Wales sich mit großer Mehrheit gegen den Streik erklärt haben. — Dasselbe Blatt meldet aus Brüssel, daß die Bergarbeiter des Beckens von Charleroi den Streik mit rund 25 000 gegen 4000 Stimmen beschlossen haben. Sie fordern eine Lohnerhöhung von fünf Franken pro Tag.

Die Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

London, 12. Okt. Gestern hat die Abstimmung unter den Bergleuten über die Vorschläge der Arbeitgeber ihren Anfang genommen. Das Ergebnis wird am Donnerstag in der Hauptkonferenz des Bergarbeiterbundes vorgelegt werden.

Eine alliierte Note nach Polen.

Paris, 12. Oktober. Nach dem „Echo de Paris" haben die französische und die englische Regierung beschlossen, mit Rücksicht auf die Besetzung von Wilna durch General Zeleckowsky eine Note nach Warschau zu senden, in der die Polen aufgefordert werden, in der Grenzfrage ein größeres Entgegenkommen zu zeigen.

Streik der polnischen Eisenbahner.

Einer Warschauer Meldung der „Köln. Ztg." zufolge sind die polnischen Eisenbahner aus wirtschaftlichen Gründen in einen Ausstand getreten. Der gesamte Bahnverkehr in Warschau ruht. Der Eisenbahnminister ist von seinem Posten zurückgetreten.

Magnus Hirschfeld nicht ermordet.

Die von der Depeschenagentur Dena ausgegebene und von uns übernommene Meldung, wonach Dr Magnus Hirschfeld in München den ihm von antisemitischen Raufbolden zugefügten Verletzungen erlegen sei, bestätigt sich erfreulicherweise nicht. Im Gegenteil soll Dr. Hirschfeld sich wohl befinden und die Klinik gestern verlassen haben. Da die Totgesagten bekanntlich am längsten leben so wird der verdiente Sexualforscher seine Todesnachricht hoffentlich recht lange überleben.

An unserem Urteil über die bodenlos gemeine Tat ändert der bessere Ausgang der Sache aber nichts, ebensowenig an unserem Urteil über die bayerische Regierung, welche die Täter absolut nicht ermitteln kann, obwohl sie sich natürlich die größte Mühe gibt. Oder zweifelt etwa jemand daran?!

Der unabhängige Ententespitzel.

Seit Wochen haben wir einen Staatskommissar für die Entwaffnung. Bis ins kleinste Dorf hat er an allen Ecken und Häusern seine schreienden Plakate angeschlagen, die zur Waffenabgabe auffordern und den Weg weisen, wo man seine Waffen loswerden kann oder verborgene Waffen zur Kenntnis der Behörden bringt. Der Unabhängige Ernst Treger in Kottbus glaubte einen anderen Weg einschlagen zu müssen, wie folgender Brief zeigt, den Blätter der Niederlausitz veröffentlichen:

„An die Interalliierte Kommission in Berlin. Am Sonntag, den 1. Juli d. J. ist in der Stadt Peitz (N.-L.) bei Kottbus ein Flugzeug, Typ D. F. W. Doppeldecker, gelandet. Der Fabrikbesitzer Hein aus Peitz hat es von Leipzig aus hergeflogen und in einem Schuppen seiner Fabrik untergestellt, wo es in abmontiertem Zustand heute noch steht. Peitzer Einwohner erzählen, das Flugzeug wäre verschoben worden. Da Hein auch in seinen Kreisen politisch tätig ist, besteht die Gefahr (Hein war Reichswehroffizier), daß das Flugzeug bei kommenden Putschversuchen Verwendung finden kann. Um dieses zu verhindern, erstatte ich bei Ihnen diese Anzeige. — Da ich aber ferner weiß, daß auf Erfassung von verschobenem Heeresgut eine Belohnung ausgesetzt ist, so würde ich dii selbe für mich beanspruchen. Zu jeder weiteren Auskunft erkläre ich mich bereit. gez. Ernst Treger, Kottbus, Spreestraße 9."

Sicher muß alles getan werden, um die Entwaffnung durchzuführen, aber dazu genügen heute völlig die Handhaben, die das Entwaffnungsgesetz gibt. Auch ein Unabhängiger hat es nicht mehr nötig, sich deshalb an die Ententemilitaristen zu wenden, da der Unabhängige Treger so großen Wert auf die Belohnung legt, so hat er sich auch noch völlig die Zubilligung idealer Beweggründe verscherzt. Non olet stimmt zwar auch bei Ententegeld, aber dieses Verfahren ist um so schmutziger.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Rathenau geht doch nach England.

Berlin, 12. Okt. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist die Nachricht englischer Blätter, daß Dr. Walter Rathenau die Einreiseerlaubnis nach England verweigert worden sei, nicht richtig. Herr Rathenau befindet sich im Besitz der Einreiseerlaubnis, ist aber verhindert, nach London zur Teilnahme an der Internationalen Wirtschaftskonferenz zur Bekämpfung der Hungersnot zu reisen.

Gasarbeiterstreik in Zwickau.

Leipzig, 12. Okt. In Zwickau sind die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke heute früh in den Ausstand getreten. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Für den Fall des Eingreifens der technischen Nothilfe drohen die Arbeiter mit Verschärfung des Streiks. In Reichenbach streiken seit heute früh die städtischen Gas- und Elektrizitätsarbeiter. Verhandlungen, die zwischen Ratsmitgliedern und den Arbeitern eingeleitet wurden, sind noch nicht abgeschlossen.

Ein Moskauer Funkspruch.

Moskau, 10. Okt. (Durch Funkspruch.) Die „Prawda" schreibt im Leitartikel unter der Ueberschrift „Entscheidende Lage" über die jüngste Verzögerung der Unterzeichnung des Friedensvertrages, ungeachtet des formellen feierlichen Versprechens von seiten des Vorsitzenden der polnischen Delegation: „Es ist nicht schwer, sich davon zu überzeugen, daß hinter dieser Politik der Verzögerung Frankreich steht; indem es Polen ausraubt, macht Frankreich dieses Land zu seinem Diener im Kampfe gegen die Arbeiterklasse."

Wiederaufflammen der italienischen Arbeiterbewegung.

Mailand, 12. Okt. Wie „Corriere della Sera" meldet, unternahmen Montag die Arbeiter neue Versuche zur Besitzergreifung von Fabrikanlagen. Trotz des kürzlich unterzeichneten Abkommens sperrten die Arbeiter die Ausgänge und verhinderten die Angestellten daran, die Fabrikräume zu verlassen. Die Polizei konnte jedoch schließlich die Arbeitermassen an der Durchführung ihres Vorhabens verhindern.

Dr. Magnus Hirschfeld gesund.

WTB. München, 12. Okt. Dr. Magnus Hirschfeld aus Berlin, der kürzlich nach einem Vortrag in München tätlich angegriffen wurde, hat die Chirurgische Klinik bereits wieder verlassen.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; für „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil K. Gardez; für die Inserate Wilhelm Herzig, sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. d. m. H. zu Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Landé-

Zigaretten
in alter Güte.
Colonia-Sport 20 Pfg. | Ruhmeshalle 25 Pfg. | Grosser Woog 30 Pfg.
Frithjof 40 Pfg. | Casino 50 Pfg.
Verlangen Sie
„Eno" die neue 80 Pfg.-Zigarette.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201013-16/fragment/page=0007

Ab Freitag, den 15. Oktober 1920

Sumurun

der grosse Prunkfilm der Ufa.

mit **Pola Negri** im **U.T Alte Promenade 11a.**

U.T

Morgen letzter Tag!

Leipzigerstr. 88

Verzweifelt.

Tragödie der Leidenschaft in 5 Akten.

Morgen letzter Tag!

Alte Promenade 11a

Algol.

Grosser Sensationsfilm in 5 Akten.

Beginn 4 Uhr.

Alle Sorten

Felle, Häute und Wolle

kaufen zu Höchstpreisen

Gebr. Danglowitz, Fellzurichterei, Fischerplatz 2.

Für Fellsammler Vorzugspreise.

Walhalla-Lichtspiel-Theater.

Nur noch heute u. morgen:

JUDEX

— Vierter Teil! —

7. Episode: Die Dame in Trauer.
8. Episode: Die Keller des roten Schlosses.
4 spannende Akte.
Vorführung: 4.00, 6 45, 9.30 Uhr.

Moral!

Sittenbild aus Berlin W.
6 Akte nach dem gleichnamigen Roman von Arthur Landsberger.
In den Hauptrollen:
Leontine Kühnberg — Ernst Rückert — Ferry Sikla.
Vorführung: 5.15, 8.00.
Neueste Messter-Wochenschau!

Es empfiehlt sich, die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Rauchtabak

die größte Spezialität im

Leipziger Tabakhaus,

Halle a. S., Mauerstrasse 1 (Ecke Steinweg).
Telephon 4721.

Enorme Posten eingetroffen.

Zu den in Halle bereits eingeführten u. sehr beliebten Sorten sind noch neu hinzugekommen:

Ein neuer **Mittelschnitt,** rein Uebersee, vorzügliche Qualität.
Paket 100 gr **4.50,** 1 Pfund 22.—.

Ferner:

Gold-Shag-Tabak, feinster goldgelber Schnitt, allerbeste Qualität.
Paket 50 gr **4.80.**

Krüllschnitt, für mittlere und lange Pfeifen, sehr zu empfehlen.
Paket 100 gr **5.—,** 1 Pfund 24.—

Holländer Zigarren, rein Uebersee, solange Vorrat reicht, Stück 55 Pfg.

Die beliebte **Hamburger Fehlfarben** eingetroffen.

Echter schwarzer Krauser (Original Ehner & Krauser).
Paket 3.80.

Franko-Lieferung Auf Wunsch Mustersendung.

Grösstes Tabaklager am Platze.

Apollo-Theater

Leitung: Direktor Gustav Poller.
Eröffnung der Winter-Operetten-Spielzeit

Sonnabend, d. 16. Okt., abends 7½ Uhr.

Gastspieldirektion: Walter Steinert.

„Die Dame im Frack"

Schwank-Operette in 3 Akten von Fordes-Mile.
Musik von Walter Bromme. Inszeniert von Dir. Walter Steinert.
Musik-Leitung: Max Bertuch.

Gastspiel

Pia von Moosburg vom „Berliner Theater" Berlin und
Richard Senius vom „Theater am Nollendorfplatz" Berlin,
Theo Lucas „Neues Operettenhaus" Berlin
Erna Salten „Wallnertheater"

Täglich 7½ Uhr: Die Dame im Frack.

Der Vorverkauf ist eröffnet, Täglich 9—1 und 5—6 Uhr, Sonntags ständig.

Frohes Wandern

Ein Buch, das Freude geben will

Von G. Schrod, Bielefeld
Preis 3,50 Mk. u. 20%
Zu haben:
Buchhandlung „Volksstimme", Gr. Ulrichstraße 27.
Volksbuchhandlung Naumburg, Markenstraße.

Stadt-Theater

Donnerstag, den 24. Okt. 1920
Anf. 7, Ende 10½ Uhr
Tannhäuser

Freitag:
Fra Diavolo.

Zoo.

Donnerstag, den 14 Okt., abends 8 Uhr:
I. Gesellschafts-Konzert
vom
Philharm. Orchester.
Leitung: Obermusikmeister **K. Steuer.**
Solist: Konzertmeister **Max Knoch** (Violine)
Eintrittspreise für Nichtabonnenten 2 Mk.

Für unser in städtischer Regie zu betreibendes Volkshaus mit Stadttheater suchen wir einen geeigneten

Geschäftsführer

mit praktischer u. kaufmänn. Vorbildung, ferner einen

Büfettier.

Der Antritt soll mögl. bald, spätestens jedoch am 15. 11. ds. Js. erfolgen. Bewerbungen mit Lebenslauf und Gehaltsforderung werden schriftlich erbeten.

Weißenfels, den 11. Oktober 1920.

Der Magistrat.

Fellsammler

finden best. Absatz b. Mitteld. Fellverw. A. Schnabel & Co. Reitstraße 13, Tel. 4914.

Rolladen Jalousien Markisen

usw.
liefert u. repariert Fach-Firma:
Hönemann
Büro jetzt: Sternstr. 8, Ecke Kl. Brauhausstr., ernspr. nur noch 5349.

Schluss der Anzeigen-Annahme **9** Uhr.

Fundsachen-Verkauf.

Freitag, den 15. und Sonnabend, den 16. d. Mts. von 9 Uhr vormittag an, findet in unserem Fundbureau hier, Theiemstraße Nr. 1, öffentliche Versteigerung von Fundgegenständen gegen sofortige Bezahlung statt. Am Freitag, den 15. d. Mts., zwischen 12 und 1 Uhr mittags kommen 1 photographischer Apparat (Taxe 465.— Mk.) sowie Meyer's großer Konversationslexikon, neu, sechste Auflage, 24 Bände, zum Verkauf.

Eisenbahndirektion.

Ia. Leder-Ausschnitt „Maß-Schäfte"

Gummi-Absätze. Leder zuschneidemaschinen.

in bester Ausführung, billigste Preise
Keine Pulpendware
Eigene Fabrikation im Hause
Schäftefabrik — Lederhandlung
Gegründet 1872
F. Noah,
Leipzigerstraße 16, Ecke Gr. Sandberg

Kraftverkehrs-Gesellschaft m. b. H. Sachsen-Anhalt

Vermietung von Lastkraftwagen mit u. ohne Anhänger.

Uebernahme von Transporten jeder Art.
Billigste Berechnung. Kostenanschläge und Vertreterbesuch jederzeit **unverbindlich u. kostenlos.**
Einrichtung von Ueberland-Linien zur Personen- u. Güter-Beförderung.
Geschäftsräume und Garagen
jetzt in unserem Neubau: **Yorckstrasse 74.**
Fernsprecher Nr. 5508.

60 erstklassige Büssingwagen im Betrieb.

Holzpantoffeln

starkes Lederblatt (Friedensware)

liefert billigst

Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof

Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Weißenfels

Die Bekanntmachung betr. Wahl der Beisitzer für das Gewerbegericht vom 25. 9. 20. sowie die Bekanntmachung betr. Wahl der Beisitzer zum Kaufmannsgericht der Stadt Weißenfels vom 28. 9. 20 wird dahin geändert, daß die Anmeldungen in den Wahllisten in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags entgegengenommen werden.

Weißenfels, den 11. Oktober 1920.

Der Vorsitzende des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. Müller.

---

7. Buttermarke.

Von Donnerstag früh ab findet in sämtlichen Buttergeschäften gegen Abgabe der 7. Buttermarke Verkauf von **Inlandsbutter** statt. Auf jede Marke werden **50 Gramm zum Preise von Mk. 1.50** verabfolgt.

Abliefernungstag der Marken: Dienstag, den 19. Oktbr.

Pflegestelle für ein Kind von 4 Monaten.

Für ein 4 Monate altes Kind benötigen wir umgehend eine geeignete Pflege.

Diejenigen Personen, welche gewillt sind, das Kind in Pflege und Erziehung zu nehmen, wollen ihre Meldungen sofort schriftlich an den Magistrat einreichen oder im Armensekretariat, Rathaus, Zimmer Nr 7, vorbringen.

Weißenfels, den 8. Oktober 1920.

Der Magistrat. — Armenverwaltung. —

Pianos, neu und gebr.

auch auf Teilzahlung.
Stimmungen schnellstens.
H. Lüders, Mittelstr. 9-10.

Gummi

Preisliste gratis
C. KLAPPENBACH
Fachgeschäft u. Versandhaus für sanitäre Artikel
Halle a/S. Gr. Ulrichstr. 4
Fernr. 6545.

Auf Kredit!

Anzüge, Ulster, Möbel.

Küchen, Schlafzimmer, einzelne
Leichte Zahlungsbedingungen.

Carl Klingler, Leipziger Straße 11 nur 1 Treppe, Eingang Sandberg.

Akademiker und Sozialdemokratie

Von Wally Depler. Preis Mk. 1.10.

Die Broschüre ist eine Einführung in die geistige Welt des Sozialismus. Sie zeigt, wie der Geist im Kapitalismus dem Worte nach frei, der Tat nach aber in Ketten geschlagen ist, die nur der Sozialismus lösen wird.

Buchhandlung „Volksstimme"
Große Ulrichstraße 27.

Besonders gut beschlagene

Gebirgsleiterwagen

empfiehlt

Theodor Lühr,
Leipziger Straße 94.

Dr. Ed. Stadtler, Berlin

spricht am **Donnerstag,** abends ½8 Uhr in der **Saalschlossbrauerei**

ein junger Politiker mit neuen politischen Ideen. Keiner Partei verpflichtet

Wer ist Stadtler?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201013-16/fragment/page=0008